

Volksrecht

für Schlessen · Organ für die werktätigen

Die Bombenalkalare im Kreise Nimpfen
Stichtbericht im schlesischen Teil

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Ertragslohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Ertragslohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlichs Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 10 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen müssen die vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 5852.

Abdruck 12 Pf. Anzeigen unter Verammlungs- und Wohnungs- Anzeigen für die nächste Nummer Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21738, Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einselnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückerhoben.

Adressporto beiliegt

Einselnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 17. August 1932

Nr. 192

Schleichende Krise?

Das deutsche Volk gilt in der Welt immer noch als „unpolitisch“, trotz der vielen aufeinanderfolgenden Wahlen, trotz des weitestgehenden Wahlrechts, und trotz einer bis ins äußerste gesteigerten Wahlbeteiligung, die wirklich die Massen der Wähler in den politischen Kampf mitgerissen hat.

Das Verhalten der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den anmaßenden „Forderungen“ und Ausschneidereien der sogenannten Hitlerbewegung gibt auch heute dem alten Urteil einen Schein von Berechtigung. Wenn man von der politisch geschulten sozialistischen Arbeiterklasse absteht, so findet man vielfach eine geradezu erstaunliche Unkenntnis über die politischen Zusammenhänge und eine politische Teilnahmslosigkeit, die kaum noch mit der laufenden Glutthe erklärt werden kann. Kennzeichnend ist dabei, daß eine gründliche Kenntnis der durch die Verfassung des Reichs dem Volke gesicherten Rechte erfehrt wird durch ein schwankendes Fragen nach dem, was morgen oder übermorgen etwa „werden“ könnte.

Dabei spielen phantastische Vorstellungen über die politische Potenz der gegenwärtigen Regierung oder einzelner ihrer Mitglieder eine besondere Rolle. Der Kriesskrieger ehemaliger Offiziere, der sich im Nazilager angelagert hat, vermochte es durch jahrelange Wiederholung der Methoden bekannter Kriegsberichterstattung, aus dem kleinen Wählerkreis der „Nationalen“ Brauhaus zunächst den eigenen Anhängern und dann auch weiteren Kreisen der verbliebenen Mittelschichten ein Phantom des „großen Führers“ aufzublasen. Nicht das System der systematischen agitatorischen Bearbeitung mit der „Rechtssache“ ist verwunderlich, wohl aber das absolute Verlangen des politischen Selbstgefühls bei jenen Schichten, die bis vor kurzem in den sogenannten Mittelparteien ihre politische Vertretung sahen. Hier ist der eigentliche Punkt der tatsächlichen Krise zu suchen. Wäre in den Reihen der bürgerlich-mittelparteilichen Wähler auch nur ein Mindestmaß von eigener politischer Erkenntnis und daraus entsprungenen politischen Willen vorhanden, so hätte es unmöglich sein müssen, daß die militärischen Kattenfänger melodien für Hitler einen so großen Erfolg haben konnten. Aber dieses Mindestmaß von eigenem politischen Bewußtsein fehlte. Es wurde zumest erfehrt durch rollende Reden von „nationalen Belangen“, unter denen sich jeder etwas anderes vorstellen konnte. So kam es, daß diese „national“ und nur „national“ empfindenden Kreise sich schließlich bei den Bringen und Saronen fanden, die Hitlers „Arbeiter“partei heute bevölkern. Denn die militärischen Propagandachefs der Firma NSDAP verstanden das rollende „nationale“ Pathos noch besser, als die Kleinen um Dingeldey und Hugenberg. Sie verstanden es so gut, daß sie heute behaupten können, „das nationale Deutschland“ sei im Lager Hitlers „vereint“!

Nun mögen die mehr oder minder bedeutenden Führer der auch nationalen Mittelparteien auf ihren Grundfragen und Parteiresten trauernd festhalten, wie Marius auf den Trümmern von Karthago. Für die gibt es kaum ein Wiederaufleben ihres politischen Einflusses. Aber für politische Entscheidungen, die nach wie vor das Interesse jedes Einzelnen fordern, kommt es nicht auf die verträglichste Führerweisheit an, sondern auf das selbstbewußte politische Wollen des namenlosen Deutschen Volkstums. Das Gerede vom „Führertum“ hat die Parteigegebäude des Bürgertums geschlagen, aber der Anteil dieses — noch nicht sozialistischen — Bürgertums an der politischen Kräfteverteilung bleibt bestehen. Das tritt besonders deutlich zu Tage in diesen Wochen nach der Reichstagswahl, in denen über die weitere Führung des Reiches entschieden wird.

Soll man auf der einen Seite den kleinen Hitler zu einem großen Gummimann — stahhart natürlich, prima Ware! — aufgespielt, so sind geschäftige Jungen und Federn am Werk, um den politischen Reichswehrgeneral und jetzigen Wehrminister zu dem „großen Gegenpieler“ Hitlers um — und aufzubringen. Praktisch ist damit nichts gewonnen für die Frage, was nun in der politischen Führung des Reiches werden solle. Zwar ist Wolfs Rufschreit-Traum zunächst gestillt. Aber das die Regierung Papen-Schleicher-Gapf mit ihrem Reichskommissariat für Preußen einfach still und ungehört weiter amtierend könne, ist schon unheimlich unmöglich, weil diese Regierung der Barone außer dem Herrschafts- und vielleicht der kleinen Hugenberg-Gruppe nichts hinter sich hat. Wenn anders sie nicht einen ganz ausgeprägten Verfassungssinn mit dem Charakter des Staatsrechts begehren will, muß sie sich dem Reichstag stellen, den sie selbst hat — in leichtgläubigem Vertrauen auf den Wort-Hitlerüber-Jungen — wählen lassen, um den Willen des Volkes zu erkunden. Diese

Meinungäußerung des Volkes bedeutet für die Regierung der Barone eine so offenerzige Abgabe, daß sie mit einem fast einhelligen Mißtrauensvotum des Reichstags sicher rechnen muß.

Das wichtigste aber wird sein, was danach kommt! Es ist nicht von ungefähr, daß in der Zentrumspresse mit besonderer Deutlichkeit die abgerissenen Verhandlungsfäden wieder aufgenommen werden. Das Ziel des Zentrums ist augenscheinlich, unter Wahrung der verfassungsmäßigen Zustände die die Hitlerleute vor den Reichswagen zu spannen, damit die Ungebärdigen politische Manieren lernen. Aber ob dieses Ziel erreicht wird, erscheint zunächst noch sehr zweifelhaft. Die schleichende Krise wird noch einige Zeit andauern. Aber sie wird hoffentlich das eine Gute haben, daß sie das politische Interesse und damit auch die politische Erkenntnis wieder wahrhaft in jenen Kreisen des Volkes, die bisher dem „Führergedanken“ ihren politischen Intellekt geopfert hatten!

Zentrumsuche nach einem Ausweg

Das dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Holz nahestehende Landesorgan des württembergischen Zentrums nimmt unter der Überschrift „Gibt es noch einen Ausweg?“ zu der durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Hitler geschaffenen Lage Stellung, wobei es, wie es besonders unmissverständlich die Auffassungen, machgebender Zentrumskreise“ wiedergibt. Nachdem es zunächst den ergebnislosen Verlauf der geführten Verhandlungen als einen schwereren Fehlschlag der Politik der Regierung von Papen-Schleicher“ als einen „vernichtenden Stoß für die Politik der gegenwärtigen Regierung“ nachgewiesen hat, durch den die Lage des Reichskabinetts „völlig unhaltbar“ geworden sei, bezeichnet es den Zusammentritt des Reichstages zu dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Termin, also spätestens am 30. August, als unbedingt notwendig. So verwerflich auch Hitler handelte, der schon einmal sein Ehrenwort nicht hielt und nun auch die Reichsregierung nicht besser behandelt habe, so habe jetzt auch die Reichsregierung moralisch

nicht mehr die Berechtigung, am Ruder zu bleiben. Darauf hätten die Zentrumsführer Holz und Joos den Reichstagsler schon bei ihrer Besprechung am letzten Donnerstag hingewiesen. „Die Abgabe Hitlers an die Reichsregierung hat ein Weiterregieren der gegenwärtigen Reichsminister erst recht unmöglich gemacht.“

Nach diesen Erörterungen kommt das Blatt dann zu der Fragestellung, von der es ausging: „Gibt es noch einen Ausweg?“ Im Besonderen fragt es, ob heute noch eine „positive Lösung“ auf den beiden Grundfragen der Floren Verantwortung und der verfassungsmäßigen Wege möglich sei. Man werde geneigt sein, diese Frage zu verneinen, aber „trotzdem wird man einen neuen Versuch machen müssen, um einen Ausweg aus der unheilvollen Lage zu finden“. Es erinnert daran, daß die preussische Zentrumsfraktion die Nationalsozialisten und Deutsche Nationalen zu Verhandlungen über die Frage der preussischen Regierungsbildung eingeladen habe, die bis jetzt nicht stattgefunden hätten. Die Haltung Hitlers und seiner Partei habe eine Einigung naturgemäß erschwert. Dasselbe gelte auch bezüglich einiger anderer Länder. „Trotzdem wird verhandelt werden müssen, und man sollte alles aufbieten, um diese Verhandlungen positiv zu gestalten. Ist ein solches Ergebnis erzielt, dann kann es nach der Auffassung des Zentrums nicht ausbleiben, daß die Lösung der Regierungsfrage in Preußen auch eine Klärung im Reich nach sich zieht. Wer sich nicht von vornherein damit abfindet, daß in Deutschland gegen die Verfassung regiert und dadurch die Gefahr schwerer Verwicklungen heraufbeschworen wird, der muß jeden Versuch machen, der unter Umständen weiterführen könnte.“

Die Arbeit beginnt

Die Sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstages hält Freitag, den 19. August, vormittags 11 Uhr, ihre erste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Besprechung der politischen Lage sowie die Beratung der dem Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzentwürfe.

Aber hat provoziert?

Bedeutende Aussagen im Ohlauer Landfriedensbruchprozeß

Der erste Tag der Zeugenvernehmung ergab von den Vorgängen des Ohlauer Blutsonntags ein wesentlich anderes Bild, als nach dem amtlichen Bericht des Ohlauer Landrats zu erwarten war. Deutlich zeigte sich, daß die Nazis durchaus nicht friedlich-schießlich durch Ohlau zu ziehen gesonnen waren, wurde befundet, daß von ihrer Seite durch eine Tür wehrlose Frauen angegriffen wurden, daß sie mit anfeuernden Rufen auf das Reichsbanner losstürmten, und vor allem, dies verdient besonders festgehalten zu werden, sich aus Breslau — statt etwa polizeilichen Schutz zu fordern — ihre Bürgerkriegsreferententruppen kommen ließen; sicherlich nicht, um in Ohlau Stöße zu blasen. Man braucht als Kommentar hierzu nur die neuesten Äußerungen des Herrn Hitler über sein angebliches Notwehrrecht zur Hand zu nehmen.

Die Sensationsjude der rechtsbürgerlichen Presse war denn auch im Laufe des gestrigen Tages schon erheblich gemindert.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung mußte die Staatsanwaltschaft einräumen, daß die Akten der Würdener Reichsbannerkammer tatsächlich erst am darauffolgenden Mittwoch, wie die Verteidigung geltend machte, hergestellt worden waren. Ein Haftentlassungsantrag der Verteidigung für die in Frage kommenden fünf Angeklagten aus Würden wurde aber vom Gericht „vorläufig“ abgelehnt, da keine endgültige Klärung geschaffen sei.

Breslauer SA

wurde nach Ohlau geholt

Bürgermeister Haußchild-Ohlau vernommen, konnte über den Rückzug der Angeklagten nichts unaufrichtiges aussagen. Bei einer Zusammenkunft am 1. Juli aus Anlaß einer Gewerkschafts-Delegation sind nach seinen Zeugnis durch das Hauptamt des Angeklagten Hans Kellerters verurteilt worden. Am Nachmittag des Unglücksabends fand ein Umzug der Kommunisten statt, der aber völlig ruhig verlief. Von den Kommunisten hat der Zeuge nichts bemerkt; erst gegen 8 1/2 Uhr wurde er durch großen Lärm auf der August-Geige-

Straße und auf dem Schloßplatz aufmerksam gemacht. Von dem Angeklagten Blech wurde er an der Ringede mit den Worten angeprochen: „Sorgen Sie dafür, daß die SA aus Ohlau herauskommt, schicken Sie unsere Angehörigen!“ Dem Bürgermeister standen aber nur fünf Beamte zur Verfügung, die keine Anordnung, die Autos der Nazis auf der Gottfauer Straße anzuhalten, in Folge der geringen Anzahl von Beamten nicht ausführen konnten. Die Autos sollten mit Begleitung durch die Stadt geleitet werden. Zur Verstärkung wurden die Landjägerbeamten, nicht aber Schutzpolizei angefordert. Inzwischen hatte die Brigader Polizei schon angeläutet, was in Ohlau eigentümlich los sei, da den SA-Leuten in Brief Meldung von Zusammenstößen zugegangen sei, worauf alle Breslauer SA-Mannschaften von Krieg abrückten.

Erst als die Schieberei auf der Ohlauer Straße stattgefunden hatte, entschloß man sich, das Breslauer Ueberfallkommando anzurufen. Hauptmann Schöndorfer auf der Polizeiwache an, der aber infolge der erlittenen Schnittwunden an den Lippen nicht imstande war, irgendwelche Aussagen zu machen.

Dr. Braun: Haben Sie zu einem Artz gesagt: „Nun wird es wohl endlich dazu kommen, das Reichsbanner zu verbieten?“

Staatsanwalt: Ich halte diese Frage des Verteidigers nicht zum Beweisthema gehörend und bitte um Ablehnung.

Der Vorfrühende läßt die Frage aber zu, die von dem Zeugen mit „Nein“ beantwortet wird. Auf die Frage des Angeklagten Blech, ob es wahr ist, daß er den Bürgermeister vor Schloß geholt habe, antwortet er mit „Ja“. Als ein anderer Mann ihn mit einem Stöck bedrohte, sei Blech diesem in die Arme gefallen mit den Worten: „Das ist doch der Bürgermeister.“

Der Oberlandjäger Schön aus Jelsch vernommen, war mit der Ueberwachung der Reichsbannerveranstaltung in Piesowitz beauftragt. Die anfänglichen Beschlüssen gegenüber dem Angeklagten Durniol, daß dieser aufstehende Reden gehalten habe, nimmt Schön auf Vorhaltungen der Verteidigung im wesentlichen zurück. Gegen 10 Uhr ist der Zeuge auf Anforderung in Ohlau eingetroffen und kam nach der Hofstraße. Dort fanden eine Menge Reichsbannerleute auf die die Landjägerbeamten mit den Worten: „Straße frei, Polizei!“ zugehen. Die vier Beamten verhielten sich mit dem Oberlandjägermeister zu sprechen, als von der linken Straßenseite plötzlich geschossen wurde. Die Beamten erwiderten das Feuer, worauf es ruhig wurde. Aus dem Hause Steinemanns ist geschossen worden, doch hat der Zeuge bei der Durchsicherung keine Waffen finden können.

(Fortsetzung siehe erste Beilagenhefte.)

Schreckensurteil gegen Arbeiter

Ein Richtigberger Schnellgericht fällte am Dienstag ein fürchterlich hartes Urteil gegen Kommunisten, die wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt waren.

Bei der Gerichtsverhandlung wurde unter den im Zuhörerraum sitzenden Nationalsozialisten ein Mann entdeckt, der als einer der Täter wiedererkannt wurde.

Sondergerichte nur gegen links?

Die ersten Sondergerichts urteile haben in der Öffentlichkeit harte Befremden hervorgerufen. Man hat es zunächst nur mit harten Urteilen gegen links zu tun.

Was plant Papen?

Zu den Ausführungen des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Bords in Berliner „Tag“ über die politische Unklarheit nach dem ergebnislosen Ausgang der Verhandlungen mit Hitler schreibt der Berliner Vertreter der „Königschen Zeitung“ am Dienstag-Abend: „Die Ausführungen Bords lassen keinen Zweifel darüber, welche Pläne bei der Deutschnationalen Partei bestehen.“

Wieder ein Posten für Nazis

Der Direktor des Stettiner Arbeitsamtes, der frühere Amtsgerichtsrat Altmann, ist von seinem Amt beurlaubt worden. Der Grund dafür ist nach der Angabe der nationalsozialistischen Presse seine „marxistische“ Einstellung.

Major als Pressechef

Das „neue System“ Papen-Scheider hat bekanntlich als einen der ersten Akte seiner Tätigkeit den bisherigen Leiter der Reichsstiefstelle, Ministerialdirektor Jochims, zur Disposition gestellt.

Vergebung für die Morde

Um die SA über ihre Entlassung in der „Macht ergreifung“ hinwegzutäuschen, hat der „Chef des Stabes der SS“

und SA, Röhms, nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblattes“, die von den SA-Leuten in der letzten Zeit verübten Terrorakte offiziell gebilligt.

SS. nicht SA.

In der Nähe des Braunen Hauses in München gerieten in der Nacht von Sonntag auf Montag zwei Nazibrüder, ein SS- und ein SA-Mann miteinander in Meinungsverschiedenheiten, die später auf der Straße durch einen blutigen Streit endeten.

Naziregierung verbietet die Reichsfarben

Das nationalsozialistisch-deutschnationalen Anhalter Staatsministerium hat in einem Erlass an die nachgeordneten Behörden eine Befolgung der öffentlichen Staats- und Dienstgebäude in den Reichsfarben schwarz-rot-gold untersagt.

Nazischuljunge schießt auf einen Mitfänger

In einer Braunschweiger Berufsschule schoß während des Unterrichts ein nationalsozialistischer Schüler auf einen Mitfänger und verletzte ihn schwer.

Nach der Nachrichtendienst des Rundfunks wird vernazt

Dr. Käußer, Chefredakteur der Drabag, der Nachrichtenzentrale der deutschen Sender, die gemäß den neuen Richtlinien für den Rundfunk aufgelöst werden soll, ist aus dem Urlaub plötzlich zurückbeziehen worden.

Wird er hart bleiben?

Der „Völligste Beobachter“ entwickelt einen verdächtigen Schreibeier, um seinen Lesern die Berliner Niederlage des „Führers“ plausibel zu machen.

Ein Ueberparteilicher

Der deutschnationalen Abgeordnete zum Preussischen Landtag, von Roselowitz, hat sein eben erst erlangtes Mandat niedergelegt.

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Trazmond

28] (Nachdruck verboten.)

„So verhält es sich, Herr Präsident!“ pflichtete der Inspektor bei. Ohne die dem Lord vorangegangene Szene hätten wir die Schuldigen anderswo gesucht!

„Ich lege den größten Wert auf diese Erklärung!“ rief Paul Ferial.

In dem Augenblick konnte er glauben, daß die Schuld Fabiennes problematischer erschien und daß er die Schwäche der Anklage festzustellen vermöge.

Die Störmerin hatte nichts gesehen oder gehört. Sie rühmte die stets offene Hand des Herrn Mongenet; neues Berichtete sie nicht.

Was einige elegante junge Herren aus Mongenets Zirkel ausjagten, war nicht von Belang. Das Glück der Eltern der Jolies-Figalle, deren Erscheinen der Glanz des Tages gewesen wäre, hatte ein arglistiges Mitleid gebildet, um sie einer Unannehmlichkeit zu entziehen, von welcher sie sich keinen Vorteil für sich versprach.

Die Jungen traten einer nach dem anderen ab. Die Verhandlung verfiel in Eintönigkeit, aber plötzlich flammte das Interesse wie von einem Blitzlicht getroffen auf.

Aline Monfretard, deren Anklage das Fundament der Anklage bildete, erschien vor den Richtern.

Die Kammerfrau Fabiennes erschien sehr erregt. Sie trat geschwunden, nicht anfringend über die Schritte, die die Oberin durch ihre Worte auf sie zu ließ, daß der Präsident schreie: „Sie ermutigen zu Mitleid.“

„Aber Sie sind ganz unbeschuldigt und lassen Sie es ruhig Ihre Sorge sein, die letztere Wahrheit zu sagen und nichts zu verheimlichen!“

„Es ist aus, als ginge das Schicksal im Gerichtssaal über ihre Köpfe. Mongenet hat bei den Richtern in der Hand auf, daß sie gebietet hätte, daß sie auf Grund ihrer Aussagen nur noch eine Angeklagte war, die hartnäckig um ihre Ehre kämpfte.“

„Eine kleine bräunliche Mittelst, behaft mit einem kleinen Hauch von Respekt. Was war nun darüberhin überzeugt, von ihr geschworen die Wahrheit zu sagen.“

Sicher begte dieses junge Mädchen, das einen so ehrliehen Eindruck machte, keine gefällige Bekanntheit gegen Fabienne Mongenet! Wenn sie durch ihre Aussagen die junge Frau schwer belastet hatte, so war dies nur aus dem Bestreben hervorgegangen, die Justiz nicht zu täuschen.

Niemand — auch Ferial nicht — der nach jedem noch so winzigen Juchz schauderte, wäre es in den Sinn gekommen, daß diese brave Kammerfrau die Geliebte eines Verbrechers, seine Komplizin sein und einer so gefährlichen Bande angehören konnte.

Aline Monfretard sagte aus.

Verblüffend arglos! Sie wollte offenbar nicht zu viel behaupten und — trotz allem! — sich nicht zum Nachteil ihrer früheren Herrin äußern!

„Hätte ich gedacht, ich könnte durch das, was ich bezeugte, Madame Fabienne, ich würde mich bekennen haben, etwas zu sagen; die Frau war stets so gut zu mir, alle ihre Leute hatten sie gern und bebauern sie. Der Herr war nicht so, wie er hätte sein sollen... Wenn wir hörten, daß sie sich pritten, wir haben immer der Frau recht gegeben.“

„Sie hätte nach dieser Einleitung argwöhnen können, daß sie diese Frau ins Verderben dringen wollte? Wer konnte noch Zweifel hegen, wenn der dem Tag vorangegangene Wortwechsel so ergötternd geäußert wurde? Sie verweigert nicht die Festigkeit des Mannes, nicht die so verhängliche Verweisung der armen Frau, die geküßelt, erwidrigt wurde und außerdem durch die Bestätigung ihres Mannes dem Herrn überlassen war.“

„Es gab häufig des Gatten wegen Streit zwischen dem Herrn und der Frau?“ fragte der Präsident.

„Hauptächlich deswegen! Sie machte Vorwürfe, weil er spielte. Ich habe am dem Abend — dem letzten — gehört, wie sie zu ihm sagte: „Ich werde auf die Faust schlagen, damit Sie mich durch Ihre Fehler nicht getrennt werden!““

Fabienne hatte es bis dahin schweigend erduldet, daß die Jolies sie mit heftigerer Sanftmut verurteilte, aber jetzt begann sie auf, erzürnt über die Niedertracht der erlogenen Behauptungen.

„Sie wüßte mit absoluter Sicherheit, daß sie die ihr von Aline in den Mund gelegten Worte niemals gesprochen hätte.“

„Das ist falsch!“ rief sie heraus. „Das habe ich nicht gesagt!“

„Man kann es vergessen haben... Bei einem Streit reißt man sich in Hitze und...“ sagte Aline unterwürdig lächelnd.

Der Beschwörer war geblüht. Paul Ferial erkannte sofort, wie der Staatsanwalt ihn auszunutzen würde. Der Fall zeigte sich

Nach der Klärung der Fronten

Von Siegfried Mars.

Aus dem Nebel der alten und neuen Schlagmorte, die das dramatische politische Spiel der letzten Woche verflochten hatten, treten die Kräfte des Deutschland von 1932 heraus, und die Fronten klären sich. Ueberhaupt sind die Möglichkeiten der Lösungserfolge, die miteinander gerungen haben, vereinfacht in aller deutschen Kompliziertheit die Gruppen, die heute das politische Kräftegefüge bestimmen.

Drei Lösungserfolge standen zur Debatte: Obzigtelismus, Staat, Faschismus, parlamentarische Demokratie. Den unverfälschten Obzigtelismus vertreten die „Präsidialisten“. Zum unverfälschten Faschismus haben sich die Nazis schließlich etwas bellomponen Herzens belannt. Der Versuch zur Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie ging zum Zentrum aus.

Nach dem Scheitern des Ausgleichs, der zwischen feudalistisch-militärischer, kapitalistischer Reaktion und Faschismus gesucht worden war, stehen die Gruppen wieder für sich. Der obzigtelstaatliche Ausweg wird verfehlt. Er kann selbst auf kurze Dauer nicht glücken und ist auf noch längere Dauer mit der Verfassung vereinbar. Darüber hinaus sind aber auch die anderen Wege weder rechtlich noch politisch gangbar, so daß die deutsche Lage vor dem Herbst dieses Jahres zunächst geradezu ausweglos erscheinen muß.

Ein zu Ende gedachtes und zu Ende gewolltes „Präsidialsystem“ ist verfassungswidrig. Diejenigen, die zusehen: kein Rüstung in die parlamentarische Demokratie fordern zum eindeutigen Staatsstreich auf, über den keine rechtlichen Kontroversen mehr möglich sind. Die Verfassung verlangt nun einmal das Vertrauen des Reichstags für den vom Reichspräsidenten berufenen Reichskanzler und die auf seinen Vorschlag hin ernannten Kabinettsmitglieder.

Über auch für die Ausstufungsfrage eines wachsenden deutschen Faschismus haben uns die letzten Tage — wie wir hoffen können — einen erneuten Beweis erbracht. Der Mann, der mit dem „alles oder nichts“ vor Hindenburg trat, ist ja derselbe, der seit Jahr und Tag seine strenge Legalität verfehlt, der nur auf Grund des Botums einer Volksmehrheit seine Herrschaft errichten wollte. Steden nicht alle Widersprüche, alle positiven Unklarheiten des deutschen Faschismus in der Art, wie von dem verfassungsmäßigen Staatsoberhaupt auf Grund des Drittels der Stimmen die Diktatur gefordert wird? Mussolini wurde vom König von Italien nach dem sogenannten Märche auf Rom als Ministerpräsident gerufen und nahm diesen Posten in einem Kabinett an, in dem zunächst auch andere Parteien vertreten waren. Hitlers glaubhaft geschilbertes „Bittre, Mussolini werden zu dürfen“ ist so charakteristisch für die grausige Groteske des deutschen Faschismus, daß sie keine Phantasie besser hätte erfinden können.

Die Möglichkeiten des parlamentarisch-demokratischen Weges sind noch nicht erschöpft. Hier können noch Ueberraschungen eintreten. Hatten die Nazis ihre streng faschistische Einstellung durch, so ist ihnen die parlamentarische Koalitionsregierung noch weniger offen als die Beteiligung am Präsidialkabinett. Und parlamentarische Regierungsmöglichkeiten gibt es in einem Reichstag nicht, in dem Nationalsozialisten und Kommunisten allein die Mehrheit aufbringen können.

Nie also seit Kriegsende war die Situation verbauter, nicht tendierte die Entwicklung mehr zu der abschüssigen Bahn von Staatsstreich und Bürgerkrieg. Die einzige geringe Möglichkeit, diese Entwicklung auch nach dem Scheitern von Koalitions-Verhandlungen zu vermeiden, soll hier wenigstens angedeutet und zur Diskussion gestellt werden. Sie hieße: sofortige und radikale Liquidierung des ganzen unseligen Experimentes Papen und Rückkehr zu einer erneuerten, aber geläuterten Brüning-Politik. Eine Wiederherstellung der von Westarp bis Breitscheid reichenden Front der Hindenburg-Wahl zur Abwehr des Faschismus könnte allein diesem Kampfe seine fürchterliche Zuspitzung nehmen. Der Reichspräsident, der sich der faschistischen Diktatur widersetzt hat, müßte dann freilich auch den zweiten Schritt tun. Er müßte den Irrtum seines überparteilichen Präsidialkabinetts erkennen. Er müßte handeln gemäß dem Willen derjenigen, die ihn gewählt haben. Die drei erörterten Lösungserfolge entsprächen den drei bürgerlichen Parteien: die Deutschnationalen sind „präsidial“, die Nationalsozialisten faschistisch, der Republikanismus. Bei diesen Lösungserfolgen waren die deutschen Arbeiterparteien ausgeschlossen. Nur eine Staatsgewalt aber, die die Sozialdemokratie wieder intensiver in die Abwehr des Faschismus einschalten und sich damit auch von

jetzt in einem neuen Lichte. Paul Ferial sah voraus, daß man das Leidenschaftsbrama aufgeben würde. Nach dem, was man von Fabienne und der Ehe wußte, hatte es eine größere Wahrscheinlichkeit für sich, wenn die Tat auf finanzielle Interessen zurückgeführt wurde. Die junge Frau hatte den Mann nicht aus Eifersucht getötet, — nein, um ihr Vermögen zu retten, das durch die Vererbung des Gatten gefährdet war.

Paul Ferial wendete ein, daß nach den Vereinbarungen, die zwischen den Gatten getroffen waren, das Vermögen Fabiennes unter keinen Umständen gefährdet gewesen wäre. Die Diskussion hierüber verfehlte ihre Wirkung.

Die Kammerfrau ging nochmals auf den Streit am Abend ein, hütete sich dabei, Tatsachen vorzubringen, gegen welche Fabienne Widerpruch erheben würde, begnügte sich damit, durch Verneinung und Gekken damals gefallenen Zusicherungen einen Sinn zu geben, an den die, welche sie getan, überhaupt nicht gedacht hatten.

Die Tüde ihrer Aussagen beendete sie damit, daß sie in Tränen ausbrach und etwas wie einen Nervenanfall vortauschte. „Reine arme Frau“, — sagte sie noch — „wenn Sie es getan, dann ist sie dahin getrieben worden. Ach, sie war so gut!... Aber man kann die Liebe verlieren...“

Schluchzend trat sie ab.

Paul Ferial verhehlte sich nicht; der Prozeß war verloren. Die Reden des Staatsanwalts und des Verteidigers wurden für den übernächsten Tag anberaumt.

28 Stunden blieb Fabiennes Dasein einem Menschen, der über einem Abgrund schwebt und fühlt, er kann sich nicht länger halten.

Das trostlose Leben, das sie seit drei Monaten geführt, es schien sie nermacht. Empfangend sie, daß sie im Gefängnis in der Zelle war? Hörte sie, wie die große Paulie sie zu trösten versuchte? Gewahrte sie die mitleidigen Blicke Willes? Was kümmerte sie das alles noch! Nur eins war Wirklichkeit: das furchtbare Unbekannte, das sie entgegenah — nach Ablauf dieser Stunden, die Jahrhunderte zu dauern, anheimlich rasch zu verfliegen würden.

Sie rang es sich trotzdem ab, am zweiten Tage eine Fassung und Ruhe zu zeigen, die ihr selbst unheimlich schienen. Bewegungslas hörte sie die Rede des Staatsanwaltes an.

Der Inhalt war vernichtend.

(Fortsetzung folgt.)

der letzten Volkswirtschaft der letzten Monate loszulegen würde, sich gegen den Faschismus behaupten. Gewiss müßte auch eine solche Politik angesichts des letzten Vorwärtsschub, der die Nationalsozialisten im Namen der baldmöglichst wieder herzustellenden Demokratie oder als Übergangsmöglichkeit wiederherzustellen des Dringlichkeitsstaates erfolgen. Die Sozialdemokratie könnte eine solche Politik freilich nicht durchführen. Sie müßte im Gegenteil den gewerkschaftlichen Forderungen nach sozialistischem Umbau der Krisenwirtschaft weitestgehend entgegenkommen zeigen.

Am Anfang einer solchen Politik aber müßte natürlich die Wiedergutmachung des an den Fronten begangenen Unrechts stehen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß im deutschen Bürgertum noch genug Einsicht vorhanden ist, diesen Weg zu gehen. Man muß sich auf den Weg der „präsidialen“, der Militärdiktatur drängen lassen. Man wird in der widerwärtigen Politik der Wappeln des Faschismus und der verführten Furcht vor der ganzen Macht fortfahren. Am Ende solchen Handelns steht die Möglichkeit des gewalttätigen Kampfes von Klasse gegen Klasse. Die Sozialdemokratie würde trotz schwerster Opfer diesen Kampf nicht zu fürchten haben. Sie wird als Partei der Bewegung aus dem Chaos ungedrungen und stark wie 1918 hervorgehen. Es ist stets die Angelegenheit der herrschenden Gewalten, ob die Geburtswunden einer neuen Zeit schmerzlos und flüchtig oder ob sie besonders langwierig und schmerzvoll werden sollen.

Standartenführer und Nazidoktor verhaftet

Gelegentlich der Ermittlungen über die Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein in der Nacht nach dem Wahltag, wie die Justizprokessstelle Altona mitteilt, am 15. August durch den aus Berlin entlassenen Sonderkommissar sowie Beamte der Polizeipräsidien Altona, Flensburg und Kiel weitere Festnahmen erfolgt. Festgenommen wurden u. a. der Reichsstandartenführer der Nationalsozialistischen Partei in den Reichsstandarten Altona, in deren Bereich sich sämtliche zehn Handgranatenanschläge ereigneten. Die Festnahme erfolgte wegen Verdachts des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Hinsichtlich des verhafteten Mediziners kommt eine Immunität nach Artikel 37 der Reichsverfassung nicht in Betracht, da diese erst mit dem Beginn der Sitzungsperiode (Zusammentritt des Reichstags) eintritt. Festgenommen wurde auch der Chirurg im Kreis-Krankenhaus (I) in Wesselburen Dr. Först. Seine Festnahme erfolgte erst nachdem zuvor durch Vermittlung der Regierung in Schleswig für eine Vertretung in seiner ärztlichen Tätigkeit Vorkehrung getroffen war.

Eine Nazikanone für die Schweiz

Der Berliner „Angriff“ verbreitet die Nachricht, in politischen Kreisen der Schweiz werde „mit Spannung der Verlauf der Gründung einer Nationalsozialistischen Partei in der Schweiz“ verfolgt, weswegen drei Deutsche vom Bundesrat ausgewiesen worden seien. Es habe sich nunmehr ein Schweizer gefunden, der mit aller Kraft und mit allen Mitteln diese Arbeit trotzdem in Angriff nehme, auf deren Verlauf man große Erwartungen setzen dürfe. Das Blatt schreibt wörtlich weiter: „Der Schweizer Flieger Diggelmann verließ heute 12 Uhr Berlin und begibt sich nach Leipzig, von wo er sich mit dem Flugzeug nach Zürich begeben wird, wo er die aufgenommene Verhandlung sofort weiterführen wird. Man darf für nächste Woche den Ausgang dieser Verhandlungen erwarten, die voraussichtlich von Erfolg gekrönt sein dürften.“

Über den Empfang des Halentz-Delegierten in Zürich merkt nun ein Schweizer Lokalblatt, der „Anzeiger von Ulster“, dieser Schweizer Flieger Diggelmann ist am Mittwoch auf dem Züricher Hauptbahnhof von der Kantonspolizei verhaftet und ins Bezirksgefängnis Ulster gebracht worden, weil er am 22. Oktober 1931 eine achtstellige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls hätte antreten sollen, sich aber mit Hilfe der kommunistischen Organisation entzog und nach Berlin verduftete. Der 1914 geborene Jüngling, der in Ulster wohnhaft war, war 1931 aus der Zwangs-erziehungsanstalt Ringwil verschiedentlich ausgebrochen und betätigte sich in Berlin in den kommunistischen Reihen, bis er im Januar dieses Jahres zu den Nationalsozialisten übertrat und von seinen einstigen Bundesgenossen als Spitzel entlarvt wurde. In der militärischen Organisation der Nationalsozialisten erlangte er im Frühjahr das Flieger-Privileg. Diggelmann wird nun zunächst im Bezirksgefängnis Ulster die Gefängnisstrafe abzusitzen haben, zu der er wegen Diebstahls verurteilt worden ist.

Hitler im Ausland ein erledigter Mann

Nach der Abgabe Hindenburgs ist die Geltung Hitlers wenigstens in Frankreich rapid im Schwinden begriffen. Während die bürgerliche Pariser Presse bisher in Hitler den eigentlichen Drahtzieher der deutschen Politik gesehen hatte und sogar nicht mit Vorwürfen gespart hatte, daß die Sozialdemokratische Partei selbst aus Angst vor der Hitlerwelle sich das nationalsozialistische Außenprogramm zu eigen gemacht habe, erklärt man heute in Paris Hitler beinahe schon als erledigten Mann. Die Blätter stellen ironische Vergleiche zwischen Hitler und Mussolini an und kommen dabei zu keineswegs schmeichelehaften Ergebnissen für Hitler. Hitler sei eben kein Staatsmann, sondern ein hoher Demagoge, ein leeres Schmeicheleinstrument am Dienstag der „Temps“. Nachrichten über die Meutereien in den Sturmabteilungen und über eine Spaltung des nationalsozialistischen Straßensängers finden unter diesen Umständen in Paris dankbar gläubige Aufnahme. Mit der Waise Hitlers hat aber gleichzeitig die Regierung von Vapen wehmütig ein Einfluß im Ausland gewonnen. Allerdings verfehlt man sich dabei noch nicht, daß Vapen außer den wenigen Deutschnationalen keine einzige Partei hinter sich hat und erst beim Wiederzusammentritt des Reichstags seine Probe bestehen muß.

Chelische Leute verlassen die Nazi-Partei

Der nationalsozialistische Stadtverordnete Mainz, Inhaber einer Gastwirtschaft, des ersten Bezirksrats der Kreisstadt Mainz, hat dem Kölner Oberbürgermeister in einem Schreiben seinen Austritt aus der NSDAP mitgeteilt. Sein Stadtverordnetenmandat jedoch wird er beibehalten. Mainz ist einer der drei Städte der Nazi-Partei in Köln. Schon vor etwa einem halben Jahre hatte er an den Kölner Gauleiter Gumbel einen Brief geschrieben, in dem er sagte, daß die nationalsozialistische Bewegung ihren ursprünglichen Sinn verloren habe. Die Mitglieder der Mitglieder bekämpfte heute aus dem Parteizentrum und vertrieben die Elemente. In dem Brief war weiter von Korruption die Rede von Vordenkern der Partei. Als letzterzeit die „Rheinische Zeitung“ diesen auf-

sehenerzählenden Brief veröffentlichte, wurde er von dem Kölner Rasiblat abgelehnt. Der nunmehr erfolgte Austritt Mainz ist jedoch ein Beweis dafür, daß die in seinem Brief geschilderten Zustände in der Kölner NSDAP sich nicht gebessert haben, was ihn wohl zum Austritt bewegen haben dürfte.

Ehrung für das größte Pferd

Die als fürstliches Domizil und durch ihre Pferdereiherie bekannte mecklenburgische Stadt Bad Doberan hat, wie man hier kaum anders erwarten kann, eine Fittlermehrheit in ihrem Stadtparlament. Die Nachbeter des großen Adolfs in dieser Stadtverordnetenversammlung hatten nichts Wichtiges zu tun, als ihren Mangel an sachlichen Qualitäten durch einen Dringlichkeitsantrag zu verdecken, nach dem Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Doberan verliehen, ein Teil einer Chaussee in Adolfs-Hitler-Straße umbenannt wird und aus Anlaß dieser Ehrung tagelang die Halentzstraße vom Rathaus wehen soll. Dieser Antrag wurde unter lebhaftem Widerspruch der Sozialdemokraten angenommen.

Bürgerfriedliches aus Berlin

In Berlin versuchten am Dienstagabend die Kommunisten trotz des Bürgerfriedens zu demonstrieren. An 25 Stellen der Stadt kam es zu größeren Ansammlungen. Überall bildeten sich Züge, deren Teilnehmer mit Niederrufen gegen die Regierung durch die Straßen zogen. Die Polizei zerstreute überall die Demonstranten. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen ihr und den Kommunisten kam es in der Weissenburger Straße, wo auf Beamte geschossen wurde. Das Feuer wurde von der Polizei erwidert. Zwei Demonstranten wurden durch Schüsse verletzt.

Zum Abbau der Amtsgerichte

Das Preussische Justizministerium gibt, wie amtlich mitgeteilt wird, aus Anlaß der Aufhebung von 60 preussischen Amtsgerichten Überleitungsbestimmungen heraus. Diese Bestimmungen sollen schon jetzt die Justizbehörden zur Einleitung der erforderlichen Vorbereitungen in die Lage versetzen. Da in nicht wenigen Fällen die früheren Bezirke unter mehrere Amtsgerichte aufgeteilt werden, sind personelle und organisatorische Änderungen notwendig. Auch muß die Überleitung der Geschäfte und der Akten in bürgerlichen Streitigkeiten, Strafsachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geregelt werden. Zur Vereinfachung der Überleitung ist dort, wo der frühere Bezirk auf mehrere Amtsgerichte verteilt wird, eines der ausnehmenden Gerichte als Stammgericht vorgesehen, an das vor allem alle Prozeßakten und Akten des aufgelösten Gerichts übergehen. Dagegen ist vorgesehen, daß namentlich Grundbuch-, Zwangsversteigerungs- und Vormundschaftssachen solange an die demnächst örtlich zuständigen einzelnen Gerichte abgegeben werden.

Deutsch-französische Abrüstungsverhandlungen

Das Havasbüro läßt sich aus Paris melden, daß demnächst direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über das Abrüstungsproblem beginnen sollen. Allerdings ist das Havasbüro selbst mit dieser Nachricht nicht bedingungslos zufrieden.

„Man weiß seit langem“, so schreibt es, „daß die Reichsregierung wesentliche Änderungen in Teil 3 des Versailles-Vertrages verlangen will, und zwar sowohl hinsichtlich der Dauer der Dienstzeit in der Reichswehr wie auch hinsichtlich der Bewaffnung. Es liegt auf der Hand, daß die Reichsregierung die Pflicht hat, mit Frankreich diejenigen Verhandlungen wieder aufzunehmen, die in Genf und Lausanne nur gerade angehängt werden konnten, um Frankreich direkt die deutschen Forderungen vorzutragen. Derartige Verhandlungen aber können nur einen Wert haben, wenn die politische Lage in Deutschland geklärt ist, frühestens also nach dem Zusammentritt des Reichstages.“

Amerikas Druck auf die Schuldnerländer

Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet nach einer Erklärung hoher Beamter des Schatzamts, daß die Schuldnerländer die am 14. Dezember fälligen Kriegsschuldraten an Amerika zahlen. Die Regierung sei nicht in der Stimmung, weitere Anträge auf Zahlungsausschub zu berücksichtigen. Sie erwarte daher, daß keine derartigen Anträge gestellt werden. Die amerikanische Regierung sei davon unterrichtet, daß fast alle Schuldnerländer die nächste Jahreszahlung leisten können. Wenn eine Schuldnernation Zahlungserleichterungen beantragt, so werde ein solcher Antrag individuell geprüft. Der Ausfall der Schuldnerländer würde den Haushalt der Vereinigten Staaten über den Haufen werfen.

Die spanische Regierung packt zu

Die spanische Regierung hat gegenüber den Rebellen scharf durchgegriffen. Die bisherigen Verhaftungen erhöhen sich auf 174. Man schätzt, daß in ganz Spanien etwa 1000 Personen im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen festgenommen wurden. Die Gendarmerie soll künftig teils dem Kriegsministerium teils dem Polizeiministerium unterstellt werden.

Neue Verschwörung in Japan

In Japan ist eine neue Verschwörung aufgedeckt worden. Sie bezweckte, wie halbamtlich mitgeteilt wird, die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Finanzministers. Bisher sind 14 Personen verhaftet worden. Der Führer der Verschwörergruppe heißt Yamamoto. Zwischen ihm und den Mördern des Ministerpräsidenten Inukai soll eine Verbindung bestehen. Es soll festgestellt worden sein, daß die Verschwörer von einem Klub reich japanischer Persönlichkeiten Geld erhalten haben.

Farmerstreik in Amerika

In sechs Staaten des mittleren Westens ist ein Farmerstreik ausgebrochen, der stetig zunimmt. Mehrere Städte sind von jeglicher Zufuhr landwirtschaftlicher Produkte abgeschnitten. 1200 Farmerstreikposten patrouillieren auf der Landstraße und verhindern die von den Behörden unternommenen Streikbrücheversuche. Milchzufuhr wird von Nachbarräubern aus durchgeführt. Die Exekutive der Streikorganisationen hat beschlossen, den Streik auf die Nachbarstaaten auszudehnen.

Das ist Faschismus!

An den Stätten der Handgranatenattentate

28 Handgranatenattentate sind seit der Wahl in der Provinz Niederschlesien allein verübt worden. Unnahmslos waren sie gegen organisierte Arbeiter, vorzugsweise gegen die Funktionäre der Arbeiterbewegung oder Kommunisten, gerichtet. Der Fall Jaehnte-Reichenbach hat auch erwiesen, was für den politisch denkenden Menschen von vornherein selbstand, daß diese Attentate von der nationalsozialistischen Bewegung ausgehen.



Wir zeigen hier in Bildern nur einen kleinen Ausschnitt aus den Ergebnissen der feigen und menschenmörderischen Gewaltaktionen aus dem Kreise Kimpfisch. Rechts das Schlafzimmer der Eheleute Ost in Groß-Kniegnitz. Wie durch ein Wunder entgingen die beiden schlafenden Bewohner dem Tode. Sämtliche Möbelstücke, einschließlich der Kleidung und Wäsche im Schrank sind vernichtet. Genosin Ost hat überdies einen Nervenschuß erlitten. Rechts das Zimmer des als Republikaner bekannten



Amtsverwalters Szyska in Gollschau, der zum Glück oberhalb des von dem Anschlag heimgesuchten Wohnzimmers schlief. Das dritte Attentat im Kimpfischer Kreise hinterließ außerlich nur wenig Spuren, da die Handgranate ihr Ziel, den Baden des Genossen Kaufmann, Heiderdorf, verfehlte. Wäre der Baden getroffen worden, so hätte die über zu erwartende Explosion von Haus, Hof und Menschen nichts übrig gelassen.

Der Dank des Vaterlandes

Ein Kriegsbeschädigter aus Hünern übermittelt uns folgenden Bericht, der sein behandelndes Arzt dieser Tage von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau Land erhielt:

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Breslau
Stellend assistenten Schwerkrankenverlehten H. I. aus W.
Das Versorgungsamt Breslau hat von den im vierten Vierteljahr 1930 verordneten Crepelchen Tabletten 25 Prozent gestrichen und 21,50 Rmk. abgesetzt, weil die Menge der Bekordnungen weit über das zulässige Maß hinausgeht. Das dem gleichen Grunde sind im zweiten Vierteljahr 1930 17,77 Rmk. abgesetzt worden.
Im zweiten und dritten Vierteljahr 1931 hat das Versorgungsamt von den Bekordnungen 157,50 Rmk. gestrichen, weil bei wachsender (1) Medikation 50 Prozent der Bekordnungen genügt hätten. Außerdem sind für die vorgenannten Zeiten von den 24 Konvaleszenten 10 herabgesetzt worden.
Die infolge der Absetzung von überhöhten Beträge in Höhe von 21,27 Rmk. müssen als Lohn in Rechnung stellen und erübrigen ergeben sich umgehende Ueberweisung dieses Betrages auf unser Postkonten.

Befagtes Versorgungsamt hat die Verwendung dieser Tabletten, ohne die der Mann überhaupt kaum zu existieren vermag, schon einmal beantragt, dann aber erklärt, sie zu genehmigen, wenn die DR. Breslau Land sie bei ihren Patienten einsetze. Das auf diese Maß, das nun sichtlich angesprochen wird, geht natürlich nicht von dem tatsächlich vorliegenden Bedürfnis des Schwerbeschädigten, der unter schweren asthmatischen Erscheinungen zu leiden hat, sondern von irgendwelchen papiernen Vorschriften aus. Nun sollen dem Arzt, der nach wohlvermergendem Ermessen, dem Kregekooper das verordnet, was er für unbedingt notwendig hält, die notwendigen Mittel in Rechnung gestellt werden. Wir nehmen kaum an, daß der Arzt dieser Zumutung Folge leisten wird, zumal sie rechtlich recht problematisch erscheint. Aber die Methode ist kennzeichnend für den Geist, der unter der Herrschaft nationaler Männer in der Kriegsvorbereitung Plan greift und ein Standal, der zum Himmel fliehet.

Breslauer Nachrichten

Gummiknüttel und „Volkswacht“

In amtlichen Bericht des Breslauer Polizeipräsidiums wird folgender Hinweis veröffentlicht:
 Das Verbot eines Gummiknüttels ist nur auf Grund eines Waffengesetzes oder Verordnungen des Reichspräsidenten zulässig.
 Vor einigen Tagen wurde in einer hiesigen Tageszeitung ausgeführt, daß Gummiknüttel nicht wieder geführt werden dürfen, ohne im Besitz eines entsprechenden Ausweises zu sein. Diese Notiz ist unrichtig. Gummiknüttel fallen unter das Gesetz gegen Waffentilgung vom 28. 3. 31 - R. G. Bl. S. 77 - und dürfen deshalb außerhalb der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befreundeten Hofraums nur auf Grund von Ermächtigungsscheinen oder Waffenscheinen geführt werden.

Die von der Polizei angeordnete „hiesige Tageszeitung“ ist die „Volkswacht“, von der man im Präsidium irrtümlicherweise annimmt, daß sie zur Bewaffnung mit Gummiknütteln ermächtigt hätte. Die „Volkswacht“ hatte in einer Bemerkung zu der Polizeimeinung, die die Aufhebung der Waffentilgungsverordnung betraf, das gleiche gesagt, wie die vorstehende Polizeinotiz. Sie hatte sich lediglich anderer Worte bedient.

Was wir sagen wollten, sagt die obige Notiz der Polizei allerdings nicht, nämlich, daß nach Aufhebung der Waffentilgungsverordnung jedermann eine Waffe (also auch einen Gummiknüttel) in seiner Wohnung, seinem Geschäft oder umfriebeten Besitz (Schreibergarten) haben und im Falle der Notwehr benutzen darf.

Es war noch nie unsere Sache, dazu aufzufordern, daß jeder mit einem Gummiknüttel, einem Sägesägen oder gar mit Handgranaten auf der Straße herumlaufen soll. Unser Bestreben ging vielmehr immer dahin, wenn sich andere bewaffneten, die Behörden auf diese Bewaffnung aufmerksam zu machen und die Entwaffnung der anderen zu fordern.

Nachdem sich aber gezeigt hat, daß die braunen Bürgerkriegstruppen auch gegen Republikaner in ihren Wohnungen vorgehen, lehnen wir nicht ein, warum wir nicht darauf hinweisen sollen, daß nach dem Fall der Waffentilgungsverordnung jeder Staatsbürger wie früher berechtigt ist, eine Waffe in seiner Wohnung zu haben, wobei zur Zeit allerdings die einschränkende Bestimmung des Reichspräsidenten noch besteht, daß in der Wohnung gehaltene Waffen anzumelden sind.

Es scheint mancherorts im Polizeipräsidium eine „brautvolle“ Nervosität vorhanden zu sein, wenn man Dinge aus der „Volkswacht“ herausliest, die garnicht darin stehen.

Frei los

In seiner Wohnung in der Reichstraße wurde in der vergangenen Nacht der 55jährige Invalide Fritz R. durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Er hatte aus noch unbefanntem Anlaß freiwillig mit dem Leben Schluß gemacht.

Beim Rettungsversuch zu Tode gekommen

Auf recht tragische Art ist gestern nachmittag der 31jährige Maschinenführer Paul Hoffmann, Stieglitzweg 26, ums Leben gekommen. Er befand sich mit seinen beiden sechs und acht Jahre alten Kindern an der Oder, in der Nähe von Schaffholzhagen. Als er bemerkte, daß sich sein achttjähriger Sohn Heinz zu weit in den Strom vorgewagt hatte, sprang er, nur mit Hose und Hemd, beliebt, dem Jungen nach, um ihn herauszuholen. Unglücklicherweise geriet der von ihm besorgte Vater dabei in eine tiefe Stelle und ging unter, während es dem ebenfalls herbeieilenden Arbeiter Walter Siedermann vom Rottebühnenweg gelang, den Jungen aus dem Wasser zu holen. Mehrere Strandbesucher eilten auch dem untergegangenen Vater zu Hilfe und der Handlungsgehilfe Pawel aus der Bohrauer Straße 25 konnte ihn auch durch Taucherlunge an die Oberfläche bringen. Er wurde aus Land geholt und gab auch noch schwache Lebenszeichen von sich, doch starb er bald nach der Einlieferung in die Universitätsklinik, in die ihn ein herbeigerufener Krankenwagen geholt hatte.

Geld beim Baden

Da manche Leute nicht baden gehen können, wenn sie sich nicht ihren gesamten Schmutz aufhängen, finden auch die Goldliebhaber an der Oder immer wieder ein Betätigungsfeld. Am Sonntag wurde ein Koffer eines in der Nähe von Margareth Badenden aus Korn genommen. Die Diebe hatten sich nicht getraut, denn in dem Koffer befanden sich zwei goldene Trauringe, zwei goldene Ringe mit rottem und grünem Stein, eine goldene geflochtene Halskette, ein Photoapparat, ein Portemonnaie und eine Brieftasche. Das Freibad hatte den Bestohlenen rund 300 Mark gefohlet.

Auch im Kojeler Waldbad sind einem Badenden ein Photoapparat, zwei Badelappen und zwei Paar Badelschuhe gestohlen worden.

Zodesprung von der Straßenbahn

Kurz vor der Haltestelle Königsplatz sprang gestern abend nach 20 Uhr die 64jährige Witfrau August U. aus der Reiter Straße vom Bordperron eines Wagens der Linie 1, die nach Westend fuhr, ab. Sie wurde von dem Anhänger ein, gequetscht und schwer verletzt. Erst der Hilfe zusammenstürzender Passanten gelang es, den Wagen soweit anzuhalten, daß die Frau aus ihrer unglücklichen Lage befreit werden konnte. Mit Hilfe einer Tragbahr wurde sie in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo sie bald nach der Einlieferung an den Folgen ihrer schweren Verletzungen starb.

Der Nord ohne Leiche

Die Ermittlungen der Nordkommission gegen den Kaufmann Jakob aus Sachwitz, der sich besteuerte, ein Breslauer Mädchen umgebracht zu haben, sind abgeschlossen. Ein Verbrechen ist nicht verblut worden. Jakob hat die ganze Selbstbeschuldigung erfunden und hat sich mit der Anzeige wichtig tun wollen. Der zuständige Kreisarzt wird den Kranken noch beobachten.

Doch Verfassungsfeier des Reichsbanners

Wie die Ortsleitung des Reichsbanners mitteilt, hat sich der Polizeipräsident von Breslau damit einverstanden erklärt, daß unter gewissen Bedingungen am kommenden Sonntag, den 21. August die öffentliche Verfassungsfeier stattfinden kann.

Die Feier muß den offiziellen Titel „Sommerfest anlässlich des Verfassungstages“ tragen. Aus Schmückung der Gärten und Säle mit schwarz-rot-goldenen Fahnen ist erlaubt, dagegen dürfen die Fahnen der „Eisernen Front“ zur Dekoration nicht verwendet werden. Ebenso sind Ansprachen, politische Reitationen und der sogenannte Fahneneinmarsch verboten. Auch dürfen die Teilnehmer an der Feier keine Uniform tragen. Das Reichsbanner hat sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt, da die Ortsgruppe zum Teil schon erhebliche Ausgaben gehabt hat und durch ein allgemeines Verbot schwer geschädigt werden würde.

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Republikaners, das Verfassungsfeier des Reichsbanners, welches stets die größte Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausübt, zu unterstützen.

Die Leitung wird dafür sorgen, daß die Stunden, die die Anhänger des Reichsbanners bei der Feier zubringen, wie in den vergangenen Jahren, trotz der schweren wirtschaftlichen Lage, noch lange Zeit angenehm nachwirken werden.

Am 16 Uhr findet im Wappenhof bzw. Henckens Festhain, Gartenkonzert, ab 18 Uhr Tanz in allen Sälen statt. Um 21 Uhr bei eintretender Dunkelheit wird ein Prachtfest, welches große Überraschungen bringt, angekündigt werden. Für Alt und Jung sind Bewilligungen aller Art vorgesehen.

Besonders erwähnenswert ist wie in jedem Jahre die große Tombola. Das Los hierfür kostet 10 Pf. Um allen Teilnehmern so wenig wie möglich Unkosten zu bereiten, hat die Leitung den Preis für die Plakette auf 20 Pf. und die Langkarte auf 25 Pf. festgesetzt. Außerdem erhält jedes Kind beim Betreten des Gartens ein Fahnen gratis. Sache der republikanischen Bevölkerung ist es nun, den Gegnern der Republik durch rege Teilnahme zu zeigen, daß die diesjährige Verfassungsfeier trotz außerordentlicher Bestimmungen noch gewaltiger wie die vorangegangenen, ausfallen wird.

Naturfreunde organisieren Ferienfahrten

Einen Tag in das Riesengebirge — Besuch des Feistewitzer Hauses

Dies allen unseren Anhängern möglich zu machen, was und ist das Bestreben des Touristenvereins „Die Naturfreunde“. Die erste Veranstaltung fand allgemeinen Beifall bei denen, die dabei waren, nur mußte eben mit dem schlechten Wetter gehobert werden. Anmeldungen gingen in so großer Zahl ein, daß viele Fahrt wiederholt werden muß. Die Teilnehmergebühr inkl. Versicherung beträgt ohne Verpflegung nur 3,20 Mark. Am 28. August wird die Fahrt wiederholt. Da sich diesmal fast keine Mitglieder der Naturfreunde beteiligen (nur die Führer nehmen daran teil), so ist für diese Fahrt noch genügend Raum vorhanden, so daß sich, wer will, noch melden kann. Abfahrten in der Zeit nach 17 Uhr bei der Naturfreunden Lindner, Försterstraße 1, und Koch, Grimmstraße 12. In den Vormittagstunden auch bei Freund Fiebig in der „Volkswacht“ oder nachmittags in seiner Wohnung Priemeltweg 10.

Für die Teilnehmer der letzten Fahrt und auch wer sonst nächsten Sonntag einen Ausflug unternimmt, empfehlen wir den Besuch des Breslauer Hauses der Ortsgruppe Breslau in Feistowitz. Herrlich am Oberwald gelegen ist das Haus in zweifelhäufiger Wanderung von der Endstation der Städtischen Omnibuslinie in Herrnpfaff zu erreichen. Nach Überquerung der Weistritzhöhe geht es auf dem Oberdamm bis zum Kilometerstein 9,2, wo ein schmaler Weg durch den Wald links abgeht. Radfahrer können ebenfalls den Oberdamm benutzen. Kraftträger jedoch nicht. Radfahrer treffen sich bereits Sonnabend, 18 Uhr, am „Regen Heller“. Ein Führer wird dort zur Stelle sein. Hin aus ins Freie! Stärkt Geist und Körper in der Natur!

Verband der Deutschen Buchdrucker

Ostverein Breslau

Alle Betriebsräte und Vertrauensleute: Heute Mittwoch, den 17. August, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12-14: Wichtige Zusammenkunft.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Die „Eternstunden“ bedarf immer besonderer kritischer Aufmerksamkeit. Recht skeptisch wird man vor allem dem Vortrag von Lehrer Georg Thiel, „Was wissen wir über die kindliche Religiosität?“ gegenüberstehen. (Mittwoch, 16 Uhr). Wenn Richard Strauß „Cosi fan tutte“ von Mozart dirigiert, hören wir bestimmt zu (20 Uhr, Reichs-Sendung aus München).

Wasserstand

	16 M	17 M		16.8	17.8
Kattbör	1.97	1.19	Niederrhein (Unter-Veget.)	2.24	2.02
Reiße (Stadt)	0.67	0.19	Oberrhein	1.48	1.36
Neißemünd. (Unt.-Veget.)	1.50	1.52	Durchflußmenge (Schluß)	1.07	0.97
Brieg (Hallenstr.)	2.12	2.07	Süderberg vom 16. 8.	1.35	
Treßden	0.94	0.84	Wassermenge + 22.0		

Antitler Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieten

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Beim Einbruch etwas kühlerer Luftmassen ist es in Schlesien getrieben. Einzelnen Gemittern oder Gewitterregen gekommen. Die Temperaturen werden etwas zurückgehen, ein Durchgreifen der Großwetterlage ist jedoch noch nicht zu erwarten, so daß sich später bei aufsteigendem Wetter nur Temperaturänderung einstellen.

Ausichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:
 Wechselnder Wind, teils wolfiges, teils aufsteigendes etwas kühlere Wetter, nach einzelne Gemitter.
 Ausichten für das schlesische Hochgebirge:
 Bei nördlichem Winde, neblig, wolfiges, warmes Wetter, einzelne Gemitter.

Sonnenlaufgang 4,45 Uhr. Sonnenuntergang 10,22 Uhr.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Lotterieleitung in r u d i, Breslau, Gähns Stadtgraben, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

7. Ziehungstag 16. August 1932

Un der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M.	286760 290266
8 Gewinne zu 5000 M.	22758 122509 241817 324925
20 Gewinne zu 3000 M.	159934 178754 195592 250396 254871
30 Gewinne zu 2000 M.	28091 28289 30296 48616 52106 60433
50 Gewinne zu 1000 M.	11644 116756 121600 150351 154493 174682 177621 178370 187594 198542 204539 216272 220938 231280 235134 270868 281772 302335 331413 344268 349335 357808 378504 378588 398022
100 Gewinne zu 1000 M.	2935 6429 9072 9470 16258 20044 28690 28988 35107 37489 47276 60412 89581 94495 94811 97270 105089 112697 113673 124152 166277 167932 177321 183341 188762 218294 226558 248973 281018 285735 288411 271775 295017 293207 293987 314668 324273 333847 337807 344850 352103 355329 356376 357515 358851 372291 376887 380344 388250 398893

Un der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M.	116831
2 Gewinne zu 10000 M.	234319
4 Gewinne zu 5000 M.	83873 320533
8 Gewinne zu 3000 M.	8469 294634 318166 357312
58 Gewinne zu 2000 M.	39 6900 9826 51130 55221 56241 84209 98307 98376 119792 114180 114824 14094 171043 195209 207531 228400 238246 243555 251846 255835 272630 287230 290290 297925 298865 308189 311650 334806 338510 347787 356488 353386 374038
112 Gewinne zu 1000 M.	2809 4126 11168 18590 22134 34987 45217 54048 55286 58704 69297 69949 70370 89280 118733 121898 125646 129705 134758 135382 140423 146973 149352 161829 164649 166167 173460 198542 199588 211039 217372 223733 225566 227074 234429 236823 238012 244279 257988 264098 279478 289945 291060 299146 306449 307685 314358 335090 339375 340899 345293 351377 362072 365020 371697 379904

In Gewinntrabe verblieben: 2 Prämien je zu 50000, 100 Schlußprämien zu je 3000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 10000, 6 zu je 7500, 6 zu je 5000, 24 zu je 2500, 152 zu je 1000, 356 zu je 500, 776 zu je 800, 2282 zu je 200, 4444 zu je 1000, 7440 zu je 500, 22260 zu je 400 Mark.

Geschäftliches

Täglich machen hiesige Hausfrauen neue Entdeckungen — was man nicht alles mit hantels wunderökem imi lindereicht reingeben kann: Schmudfleck, wie Ketten, Ringe, Armbänder, Steine oder Perlen, glücken nach einer Behandlung mit imi in besterender Klarheit. Die Sachen büfuet man mit einer alten: Zahnbürste in einer warmen Lösung ab, hüllt mit klarem Wasser nach und poliert darauf mit einem weichen Filanellappen.

Übermorgen!

Die 10000000000
Lospreis kolossal ermäßigt!

Rote Kreuz Gold-Lotterie
 alles bar Gold ohne Abzug
 11534 Gewinne und 1 Prämie

90000
40000
30000
10000
5000

Armet
 BRESLAU
 Polischischische Straße 67/68

Stadtpark-Konzert heute
 der Schles. Philharmonie 7 Uhr

Buchhandlung
Volkswacht
 Modernes Antiquariat
 Breslau, Marktstraße 45

Brüchsal Da Geld, Sel ohne Sorgen, Leihhaus Wachstel
 Wird dir helfen
 Geld auf Pfänder aller Art
 Schmalzstraße 60/5, 1. Etage — Tel. 242 19

Zurückgekehrt
Dr. Georg Gutmann
 Zahnarzt
 Schmalzstraße 10

Beamtenwitwe
 allschönend, pünktl. Zahl, kein keine Mahnung bis 30. 8. 31. Df. n. B. 106 an die Geschäftsstelle d. Ztg., Fürst. 4

Alte, neue, schwarz, eich, Buchschrank, mod. Parkkommode, Pfeffertafel, -erweiter, schwerer, Perrenzierer, alles gebr., prächtig zu verkauf.
 E. Brandt & Co.,
 Gartenstraße 55, 1. Etg. (neben Kapitl)

Möbel
 Waschschrank poliert, 3teilig 78.-
 2 Bettstellen pol., komplett 115.-
 Chaiselongue mit 32 Federn 20.-
 Rohrstühle 6.-
 2 Bettstellen 125.-
 2 Bettstellen Eiche 115.-
 Pflücksola 85.-
 Auszugstisch 48.-
 Zahlungsleichterung!
A. Nowolny
 Wollanstraße 23/24

Frager: Wer hat uns verraten? 10
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

Wenn Judenbat vom Messer spritz 10
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

Was ist? Marxismus 10
 Preis 10 Pf.
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

Nach der Nacht der Masse 10
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

Adolf Hitler 10
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

1000 Worte Hitler nur 10
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

Zurückgekehrt
Ein billiger und praktischer Reiseführer
 Preis nur 2 MARK
Das beste Ferienberater
Ein höchst lesenswertes Kulturgeschichtsbuch
Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Fürst. 4

Ein billiger und praktischer Reiseführer
 Preis nur 2 MARK
Das beste Ferienberater
Ein höchst lesenswertes Kulturgeschichtsbuch
Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Fürst. 4

Deutschland erwacht!
 Preis 20 Pf.
 Volkswacht-Buchhandl., Fürst. 4

Das Standgericht tritt an

Die ersten Verhandlungen des Breslauer Sondergerichts

Die erste Sitzung des Breslauer Standgerichts hat die schlimmsten Befürchtungen, die wir bereits bei Erlass der diesbezüglichen Notverordnung äußerten und die in einer Entscheidung der sozialdemokratischen Bezirkskonferenz vom Sonntag ihren Niederschlag fand, leider voll bestätigt. Schon zu Beginn die Entretung des Angeklagten im vollen Blendlicht einer jener Verhandlungen gezeigt, in denen es nur darauf ankommt, das eine genügende Anzahl eideschweigender Zeugen anzuweisen und Tatbestände behaupten, die nach allen menschlichen Ermessen nie mit dieser Tatsache wahrzunehmen werden können.

Der erste Fall

Der Verkäufer Margoliner, die Arbeiter Felix Kupke und S. Jenke waren gemeinsam mit der Landarbeiterin Kurof angeklagt, schweren Landfriedensbruch in Lateintheit mit gewerkschaftlicher Begangung zu haben. Es handelt sich um einen dieser zahlreichen Vorgänge, die sich in den Abendstunden des 27. Juni in den Breslauer Straßen abspielten, und in der auch der Parteigenosse Glühler erschossen wurde. Die Nazis hatten eine Kundgebung im Messehof angelegt, in der Kemmerder seine die Erklärung abgab, daß die SA in wenigen Tagen selbstmännlich antreten und die Straßen der schließlichen Hauptstadt von dem marxistischen Gesindel freilegen werde. Vorläufig wurde allerdings nicht gesagt, sondern nur in uniformierten Trupps ungeachtet des Demonstrationsverbots, das die Arbeiterorganisationen strikte einhielten, losmarschiert. Es kam zu Zusammenstößen, unter anderem auch in der Pöfener Straße dicht am Westpark. Dabei wurde der Nazimann Jodowez, Westendstraße 80, der uns und unseren Lesern schon aus einem Ueberfall auf Arbeiterpartei am Böhmerwälder Bahnhof hinreichend bekannt ist, niedergeschlagen und schwer verletzt.

Die Angeklagte Kurof soll ihn dabei mit den Füßen gestoßen und gerufen haben „Schlagt das Nazischwein tot“. Sie bestreitet das sehr entschieden, gibt aber zu, sich etwa drei Meter entfernt von dem Vorgang aufgehalten zu haben. Ihr Freund, der Arbeiter S. Jenke stand in ihrer Nähe, weswegen eine weite Anklagebehörde sofort auf Teilnahme an Landfriedensbruch folgerte und ihn ebenfalls vor das Standgericht stellte. S. Kupke ist selbst schwer verletzt worden und erklärt, sich lediglich „Luft gemacht zu haben“, als er angetreten und überfallen worden war. Er ging, nachdem er einen Stich in den Oberarm erhalten hatte, sofort selbst zur Wache, was das Gericht allerdings nicht als entlastendes Moment wertete. Wohl aber wurde ihm dräuend ein Flugblatt des famosen Provisorischen Kampfausschusses, den er staatsgefährlicher Weise in der Tasche hatte, vorgehalten. „Im Allgemeinen“, meinte der Vorkundende, „behält man doch so etwas nicht in der Tasche.“

Der letzte Angeklagte diesem Prozeß, der Verkäufer Margoliner, bekreitet ebenfalls jede Teilnahme an der „Zusammenrottung“ (so lautet die juristische Bezeichnung des Tatbestandes beim Landfriedensbruch), da er mit dem Rad verkehrende geschäftliche Aufträge zu erledigen hatte und sich zu dieser Zeit an anderen Stellen aufhielt. Da das Sondergericht ja vollständig nach freiem Ermessen Beweis erheben oder Beweisanträge ablehnen kann, wurde der Verurteilung Margoliners, sein Verbleib zu rekonstruieren teilweise unmöglich gemacht. Immerhin bekundete die Braut seines Geschäftsführers, daß er an diesem Tage per Rad zu ihr gekommen und ihr etwas ausgerichtet habe. Das war, so sagt sie einigend der Bedeutung des Eides, etwa zwischen 1/2 und 3/4 Uhr abends. Die „Zusammenrottung“ aber fand etwa eine halbe Stunde zuvor statt. Margoliner, den zwei Nazigezeugen, darunter ein persönlicher Gegner von ihm, gesehen und mit der üblichen Bestimmung erkannt haben wollen, müßte also demnach kurz zuvor sein Rad irgendwo eingestellt, schnell ein hübschen Landfriedensbruch mitgemacht und dann seine Belorgungen weiter erledigt haben.

Alle diese Unbestimmtheiten und Unwahrscheinlichkeiten, vor allem aber die Tatsache, daß die größtenteils sehr jungen Zeugen mit drei Ausnahmen dem gleichen SA-Trupp angehörten, hat weder den Staatsanwalt Menzel, noch das Gericht davon abgehalten, die Schuld aller Angeklagten ohne weiteres als erwiesen anzusehen. Die Landarbeiterin Kurof wurde wegen Körperverletzung, schwerem Landfriedensbruch und Räubersführerschaft (!) zu 1 Jahr drei Monaten, Kupke zu einem Jahr, Jenke und Margoliner zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt und die ersten drei wegen angeblichem Fluchtverdacht sofort in Haft genommen.

Was an diesem Urteilspruch und dieser Verhandlung einen so niedermettenden Eindruck machte, ist nicht die Höhe der Strafe, die gemessen an den Strafbestimmungen des Str.-G.-B. aber gar des jetzt geltenden Terrorgesetzes sogar niedrig erscheinen können, wohl aber der Schuldpruch an sich und das Verfahren. Landgerichtsdirektor Schaumaker, der Vorsitzende in der ersten Schwurgerichtsverhandlung gegen den Bäckern Wohl genannt Macca-Louis hätte, abgesehen von den vielen bekannten sonstigen Beispielen für die Subjektivität von Zeugenbekundungen sich wohl in diesem Fall zweckmäßig daran erinnern können, mit welcher Bestimmtheit damals Aussagen gemacht wurden, die im Wiederanfrageverfahren nicht als falsch, aber als selbstverständlich begründet und irrig erkannt wurden. Ein entsetzender Hinweis des Rechtsanwalts Eastein, der den Angeklagten Margoliner verteidigte, verhallte wirkungslos. Wie einst die deutsche Rechtsprechung bis in die höchste Inflationsperiode den Grundsatz Mart ist gleich Mart festhielt, so gilt von dem Standgericht der Grundsatz „Zeuge ist gleich Zeuge“. Daß die Nazijünglinge, die wohl mindestens mit ebenso großer Berechnung wie Angeklagte auf die Anklagebank geholt hätten, untereinander über den Fall gesprochen, sich selbst in ihre anfängliche Annahmen bekräftigt haben können, daß die Bestimmtheit mit der sie besonders die Angeklagten Kupke und Margoliner lediglich nach dem Angeficht zu identifizieren glaubten, hat das Standgericht nicht in seiner Ueberzeugung wankend gemacht, daß kein ordentliches Rechtsmittel gegen sein summarisches Verfahren mehr gegeben ist, bei ihm keine Bedenken hervorgerufen. Der Angeklagte Jenke hat nach eigener Aussage nicht bei seiner Braut, also — so folgern schamlos Staatsanwalt und Gericht — immerhalb der Zusammenrottung gestanden, also Landfriedensbruch begangen. Wer das nicht versteht, dem geht eben das nötige Verständnis für unsere Rechtsprechung ab. Besonders wurde dem J. dabei nach angetrieben, daß er der Polizei sagte, sie solle doch keine Frau in Frieden lassen. Hilflos waren die drei Angeklagten, denen kein Anwalt zur Seite stand, der beklemmenden Atmosphäre des Gerichtssaales, dem ihnen fremden Zeremoniell und der ihnen größtenteils unverständlichen Sprache des Vorsitzenden ausgeliefert. Die Angeklagte Kurof, geschmackvollerweise mehrfach als „Frauensperson“ bezeichnet, versuchte mitunter, als sie besonders belästigt wurde, Einwendungen zu erheben, wurde aber vom Vorsitzenden garnicht einmal gesehen und wagte nicht, sich nachdrücklicher bemerkbar zu machen. Nicht minder ungewandt und daher der Reichsregierung des Verfahrens ausgeliefert, waren ihre Mitangeklagten, denen Routine und Rechtskenntnis fehlten, dem

Massenaufgebot an SA-Zeugen mindestens die nötigen Gegenfragen entgegenzusetzen, ganz zu schweigen von Beweisanträgen, mit denen ja auch der Rechtsanwalt vor dem Sondergericht nur ein Ersuchen aussprechen kann, über das in freiem Ermessen entschieden wird.

Stillsch und unbekümmert und ihrer Unschuld bewußt, traten sie, bis zum Tage des Termins auf freiem Fuße belassen, vor das Standgericht. Erst als das Unheil mit den Strafanträgen des Anklägers, Staatsanwaltschaftsrat Menzel, greifbare Form annahm und sie voll erfassten, so um es hier geht, daß die seltsam fremden Worte wie schwerer Landfriedensbruch, einfacher Landfriedensbruch und Räubersführerschaft beutend in ihr Schicksal eingriffen, formten sie ungelent und schwerfällig schüchterne Worte des Protestes, bewerteten sie ihre Unschuld.

Um den abschreckenden Eindruck des Sondergerichtsverfahrens besonders zu unterstreichen, — in der Urteilsbegündung wurde auf die Absicherung des politischen Terrors betont Bezug genommen, wurden die Angeklagten mit Ausnahme von Margoliner vor der Urteilsverkündung in Unterhübsungshaft genommen, was sie mit stummem Entsetzen und hilfloser Ueber-

ralassung aufnahmen. Praktisch bedeutet dies den sofortigen Eintritt der Strafe, da es ja gegen die Sondergerichtsurteile weder Berufung noch Revision gibt.

Verfassungsmäßig?

Vor Eintritt in die erste Verhandlung des Breslauer Sondergerichts wurde von Rechtsanwalt Eastein in vorweg die Frage der angereicherten gesetzlichen Grundlage des Sondergerichtsverfahrens aufgeworfen. Eastein bestritt, das überhaupt die besonderen Maßnahmen, die der Reichspräsident nach Artikel 48 der Verfassung bei Gefahr für die öffentliche Ordnung und Ruhe treffen kann, ein Notverordnungsrecht begründen und die Umstülpung grundlegender Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie der Strafprozessordnung hinsichtlich des dem Angeklagten zuteilenden Schutzes ermöglichen. Außerdem sei das Sondergericht aber auch ein Ausnahmegericht im Sinne des Art. 105 (Ausnahmegerichte sind unstatthaft, Niemand darf seinem ordentlichen Richter entzogen werden) und als solches verfassungswidrig, zumal nach dem § 18 der Verordnung sogar — zum ersten Mal in der deutschen Rechtsgeschichte — zurückliegende Fälle wie dieser hier abgeurteilt und die Angeklagten dementsprechend erheblich benachteiligt werden.

Das Gericht beriet zwar anhand der Reichsverfassung, die eilig in das Beratungszimmer gebracht wurde, ein halbe Stunde lang, machte sich dann aber die Befragung seiner angezweifeltsten Zuständigkeit sehr leicht. Die Verordnung über die Sondergerichte bezieht sich, stellte es fest, auf die Verordnung vom 18. Oktober 31, die ihrerseits durch den Art. 48 gedeckt, und das Sondergericht erachtet sich daher als zuständig.

Zuchthaus für einen Faustschlag, fordert Staatsanwalt Menzel

Nicht minder ungeheuerlich war der Strafantrag des Sondergerichts-Staatsanwalts Menzel in der zweiten Verhandlung gegen den 27jährigen Reichsbannerkameraden H. S. S., den er wegen Körperverletzung gegenüber einem Polizeibeamten unter Bezugnahme auf die Terrornotverordnung und Körperverletzung aus politischen Motiven zu einem Jahr Zuchthaus und einem Monat Gefängnis, zusammengesogen zu einem Jahre und fünf Tagen Zuchthaus verurteilt wissen wollte.

H. hatte sich am vergangenen Freitag in den Nachtstunden in der Gahststraße von zwei anderen Reichsbannerkameraden mit dem Gruß „Freiheit“ verabschiedet. Zwei auf Rädern kommende Stahlhelmlente, der Elektroraffikant Muffe und der Baugewerkschüler Ernsold pöbelten die Reichsbannerkameraden ohne Anlaß im Vorbeifahren sofort an, indem sie „Freiheit“ zurückriefen und hinzusetzten: „Mit eurer Freiheit wird es bald zu Ende sein!“ Der Vorfalle hätte keine Weiterzungen gehabt, wenn die Stahlhelmer weitergefahren wären. Das lag aber offenbar nicht in ihrer Absicht.

Während einer Polizei holen fuhr, kreiste der andere auf seinem Rade dauernd vor unseren Kameraden auf der Straße herum und provozierte sie immer weiter durch neue Redensarten. Schließlich rief dem etwas angegrüneten H. der Geduldsfaden. Tief auf den Stahlhelmer Muffe zu, der sofort Reihens nahm. Inzwischen kam Ernsold mit zwei radfahrenden Polizeibeamten des 12. Reiders, die gerade herankamen, als der nunmehr Angeklagte den anhaltenden Stahlhelmradfahrer einholte und ihm einen Faustschlag verfechten wollte. Ein Polizeibeamter warf H. sofort sein Fahrrad vor die Beine, so daß H. hinstürzte. Er raffte sich aber gleich wieder auf und da er glaubte, der uniformierte Ernsold greife ihn mit herbeigeholter Stahlhelmpertürkung an, setzte er sich sofort zur Wehr und verfechte der ihm am nächsten stehenden Person einen Faustschlag ins Gesicht. Erst nachdem dies geschehen war, sah Kamerad H., daß sein Schlag einen Polizeibeamten getroffen hatte. Er entschuldigte sich sofort bei dem Beamten und erklärte ihm auch, daß er

glaubte, angreifende Stahlhelmer vor sich zu haben. Die Laternen der entgegenkommende Radfahrer hatte ein übriges getan, um ihn nicht auf den ersten Augenblick erkennen zu lassen, daß er Schutzpolizist vor sich hatte.

Obwohl die als Zeugen geladenen beiden Polizeioberwachmeister bekundeten, daß das ganze Verhalten des angeklagten Reichsbannermannes nach dem Vorfalle darauf schließen ließ, keinen bewußten und hinterhältigen Angriff der Polizei vor sich zu haben, sondern einen Menschen, der sich sofort entschuldigte und anstandslos mit zur Wache ging, also gar nicht daran dachte, etwa irgendwie Widerstand gegen die Staatsgewalt zu leisten, glaubte der Anklagevertreter dennoch, den § 3 Ziffer 3 der Terrornotverordnung vom 9. August heranziehen zu müssen, der bei vorläufigen Angriffen gegen Polizeibeamte eine Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus vorseht. Für den ersten Schlag, der den Stahlhelmer getroffen hatte, zog er die Notverordnung vom 14. Juni heran, die für Körperverletzung aus politischen Motiven eine Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis vorseht.

Das Sondergericht konnte sich nach dem jetzt einseitigen Ergebnis der Beweisaufnahme, die die Stahlhelmer als besonders rüde Provokateure erscheinen ließ — warum sind sie nicht angeklagt, „Herr Staatsanwalt? — dem maßlosen Antrage des Anklägers nicht anschließen. Es zog zwar die Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen an, glaubte aber, die zwei Faustschläge angefichts der Reue des Angeklagten, mit der Mindeststrafe von je einem Monat Gefängnis ausreißend gesühnt und sog die Strafen zu einer Gesamtsstrafe von 6 Wochen Gefängnis zusammen.

Trotz dieses Urteils, das die Handlung außerhalb des Rahmens der Terrornotverordnung stellte, erklärte sich der Vertreter der Staatsanwaltschaft mit der sofortigen Freilassung des seit seiner Festnahme in Haft befindlichen Kameraden nicht einverstanden. H. müßte daher seine Strafe sofort antreten.

Der Ohlauer Landfriedensbruchprozeß

Fortsetzung des Berichtes vom 2. Verhandlungstag

Eingehende Aussagen über die Vorfälle

in der Sonntagsnacht

macht der Polizeihauptwachmeister Philipowski. Er berichtet: Der Bürgermeister gab uns Anordnung, wir sollten achtgeben, daß nichts passiere, wenn die Nazis aus Briesg zurückkehrten. Bei den wenigen Beamten gegenüber der großen Zahl der SA-Leute war dieses sehr schwierig. Ich kam auf dem Ringe dazu, wie die Nazis auf dem Ringe von ihrem Auto absteigen und mit Schalterkriemen auf die Passanten einschlugen. Er gab den Befehl, aufzulisten, worauf der SA-Führer sagte: „Wenn Sie nicht Ordnung schaffen, werden wir es tun!“ Eine August-Feige-Straße und Ring kamen mir Reichsbannerleute entgegen.

Ich ging auf diese zu, sah aber beim Umdrehen, daß am Ring ein Trupp SA-Leute von einem Lastauto abstiegen und ebenfalls in dieselbe Straße einbogen. Ihr Führer gab Befehl und seine Leute stürzten auf das Reichsbanner. In der Mitte der Straße erfolgte ein Zusammenstoß beider Gruppen, wobei auch ein SA-Mann geschlagen wurde. Derntof rief seine Leute mit den Worten „Schlag, aufhören!“ zurück, wodurch die Schlägerei ihr Ende erreichte. Ich wurde dann nach der Oberstraße gerufen, wo etwa 300 Nazis in der Richtung auf die Oberstraße zu marschierten. Darunter befand sich auch der Führer der Ohlauer SA. Es kam wiederholt zu Auseinandersetzungen mit dem Bürgersteige stehenden Passanten gegenüber. Ein SA-Mann rief einem Fremden das Abzeichen ab. Plötzlich fielen einige Schüsse. Ich lief dem Schall

Der vortreffliche Ruf der in Schlesien so beliebten

Rarität No 200

bürgt für unvermindert hervorragende Qualität.



Hundertfältige Frucht Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften

Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Die dem ADGB angeschlossenen Verbände zeigten somit in ihrem Mitgliederbestande eine ungeheurer Ausdehnung. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigewerkschaftlichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1927 und 1928 aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihrem organisatorischen Ausbau hervorragend, auch in ihren Leistungen haben sie nicht zurück. Man braucht dabei nicht nur an die in ununterbrechbarer Weise während der vergangenen Jahre abgewehrten Angriffe des Unternehmertums und der ihnen weitgehend dienbaren politischen Gewalten zu denken. Seit Beginn der Arbeit sind von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch die besten Leistungen in einem Ausmaß geleistet worden, daß selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion größtes Interesse und Anerkennung nicht verlagern konnten. Rund 110 Millionen Mark sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen ausbezahlt worden. Im Jahre 1930 betrug diese Summe sogar 124 Millionen Mark.

Während die Banken ihre Zahlungen einstellen, große Konzerne zusammenbrechen und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe mehr lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend gehalten. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse über den jetzt erschienenen Jahresbericht der Gewerkschaften herrscht, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabrechnungen zu behaupten, daß die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Lateins wären. Bei 184 Millionen Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 218 Millionen RM. Ausgaben. Aufgeregt behaupten die Gegner, daß die Gewerkschaften durch den riesigen Umfang ihrer Leistungen den Finanzruin herbeiführen würden. Dabei zeigt sich in diesen Zahlenangaben doch gerade, daß die Gewerkschaften dank einer vorzüglichen Vermögensverwaltung den Krisenanforderungen im vollen Umfang gerecht werden konnten. Besonders haben es einigen bürgerlichen Zeitungen die „Verwaltungsstellen“ der Gewerkschaften angetan, die im vorigen Jahre (trotz Rückgangs in den letzten Jahren) immer noch rund 53 Millionen RM. betragen.

Wie nun jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, der bürgerlichen Presse aber offenbar verschiedentlich noch unbekannt sein dürfte, verläßt allerdings die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen in der Regel sogar tadellos funktionierenden Organisationsapparat.

Die Gewerkschaften — als Sachwalter nicht nur der organisierten mehr als 4 Millionen Arbeitnehmer, sondern als die auch nationalmäßig berufenen Vertreter der Arbeiterklasse überhaupt — bedürfen natürlich neben der Mitarbeit hunderttausender ehrenamtlicher Funktionäre auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und eines Stabes leitungsfähiger Bürokräfte. Ihre Zahl ist, wie wiederholt mit Zahlen nachgewiesen wurde, sogar angesichts der Vervielfachung der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben auffallend niedrig. Einrichtung und Unterhalt von mehr als 12.000 örtlichen Verwaltungsstellen und einiger hundert Gau-, Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften erzwingen natürlich einen beträchtlichen finanziellen Aufwand für die sogenannte „Verwaltung“.

Über 12.000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8 1/2 Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Arbeiterklasse regeln und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer hunderttausend Lehrlinge festlegen.

In 600 Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen erhalten um Rechtsauskunft nachsuchende Arbeitnehmer in 900.000 Fällen Auskunft, wurden mehr als 300.000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Millionen RM. Unterstützung aller Art, wie Arbeitslohn, Kranken-, Sterbefall-, Invaliden-, Notfall-, Reise- und Umzugsunterstützung, fanden hunderttausende hilfsbedürftiger Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Daß diese umfassende Tätigkeit nur mit Hilfe einer sorgfältigen Verwaltung der ein- und ausgehenden Mittel zu bewältigen ist, sollte einleuchten.

Man wird die Zahl der neben der verhältnismäßig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre ehrenamtlich für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit 1/2 Million nicht zu hoch beziffern. Bestenfalls erhalten diese ehrenamtlichen Funktionäre ihre Auslagen zurück. Trotzdem summieren sich auch diese bezügelten Ausgaben, die der Verwaltung der Gewerkschaften zugerechnet werden, insgesamt zu beträchtlichen Aufwendungen. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten in der Zeit unter Beschäftigung circa 300.000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellenvereinen der Handelskammern rund 10.000 in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 3000 Gewerkschaftler. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10.000 in den Arbeitsämtern mehr als 2000 Gewerkschaftler ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungskörperschaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50.000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterklasse. Und unter diesen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zur Zeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Aufgaben aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je eine Entschädigung aus den Mitteln der Organisationsstellen, so daß es zu bewundern ist, daß die Kosten der Verwaltung in den Gewerkschaften in den letzten Jahren gesunken sind.

Die Geschichtsbeflissenen behaupten, daß ohne die Fünfte das soziale, ja das staatliche Leben des Mittelalters undenkbar wäre. Das mag stimmen. Der soziale Staat der Zukunft wird aber ohne die Gewerkschaften und die durch sie ausgelösten großen gesellschaftsgehaltenden Kräfte ebenso wenig auskommen. Man hält es heute beinahe in Deutschland für selbstverständlich, alles, was nicht Unternehmercharakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige „gesellschaftliche Belastung“ abzutun. Wir kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hörten es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preußische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirtschaftlicher Not, die gewiß auch die Gewerkschaften veranlassen, mit den sparsamsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gilt es, den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gilt es, alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volksheime, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch fernerhin auszubauen.

Papens Arbeitsbeschaffungspläne

Am Sonnabend hat Hindenburg Hitlers Forderungen zurückgewiesen und ist noch Neudeck zurückgekehrt. Vor seiner Abreise hat Hindenburg nach einer amtlichen Mitteilung zum Ausdruck gebracht, daß nach der jetzt geschaffenen politischen Klarheit mit größter Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vordringlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Die Papen-Regierung verfolgt sicherlich noch innerpolitische Zwecke, wenn sie jetzt in der Frage der Arbeitsbeschaffung einen größeren Eifer zeigt; zum mindesten wird die politische Stellung der Nazis nicht gestärkt, wenn es gelingt, größere Teile der Jugend, gleichviel mit welchen Mitteln in Arbeit zu bringen.

Die am Montag von einem Hugenberg-Blatt gebrachte Nachricht, zwischen der Reichsregierung und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Lohr bestünde wegen der Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung sehr scharfe Gegensätze, so daß die Reichsregierung gegen Lohr vorgehen werde, ist höchstwahrscheinlich falsch. Hier war offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens. Es sieht vielmehr so aus, daß die Reichsbank der erforderlichen Diskontierung von Wechseln zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich zustimmt, daß sie nur wirkliche Wirtschaftswachstum verlangt, und daß sie im übrigen von der Reichsregierung innerhalb einer bestimmten Frist die steuer- oder anlehnmäßige Forderung der zu gewährenden Arbeitsbeschaffungskredite fordert. Das sind Wünsche, die durchaus begründet und berechtigt sind, und von denen man kaum erwarten kann, daß es ihrem Wege zu einem Konflikt in der Reichsregierung kommt.

Rechtspresse macht die Geschäfte von Baneroffeuren Das Blatt der Großagrarien gegen die Preußenkasse

Wo Junker herrschen wollen, haben Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit keine Stätte mehr. Weil sie heute herrschen wollen, muß die Lüge und die Fälschung der Öffentlichkeit als Mittel dienen. Ein Beispiel dafür liefert die „Deutsche Tageszeitung“ mit einem Artikel, in dem sie eine Reform der Preußenkasse fordert.

Es ist das unbestrittene Verdienst der Preußenkasse, daß das finanzielle Rückgrat der deutschen Landwirtschaft, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sich in dieser furchtbaren aller Wirtschaftskrisen als außerordentlich widerstandsfähig erwiesen hat. Die preußische Zentralgenossenschaftskasse hat unter Klepper, dem späteren preußischen Finanzminister, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen von Grund auf reformiert und saniert. Die Preußenkasse hat unter Kleppers Leitung allerdings auch — und das entsprach der Wahrheit — in der deutschen Öffentlichkeit die Erkenntnis geweckt und fundiert, daß man nicht von einer allgemeinen Agrarkrise in Deutschland sprechen dürfe, sondern daß die Miswirtschaft auf den Großgütern des Ostens der entscheidende landwirtschaftliche Krisenherd sei von dessen Beseitigung jede Gesundung der deutschen Landwirtschaft entscheidend abhängig. Die Preußenkasse hat in unerträglicher Arbeit gleichzeitig den Nachweis für ihre Behauptung erbracht und solange an den Voraussetzungen zur Heilung der östlichen Agrarkrise gearbeitet, bis den Junkern der Hindenburgs Aufenthalt in Neudeck Brünings Sturz gelang. Die erste Maßnahme des neuen Reichsernährungsministers Freiherrn von Braun war die Neubesetzung des Präsidentenpostens in der Preußenkasse durch Dr. Helfrich.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß nun, daß Dr. Helfrich nicht schlankweg nur der willenslose Diener der östlichen Junker ist, sondern auch noch ein gewisses Gegengewicht seinem Intuit und gegenüber der gesamten Landwirtschaft hat. Darum drängen die Junker und in ihrem Auftrag die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt weiter. Mit der Begründung, die Behauptung von dem landwirtschaftlichen Krisenherd im Osten sei eine Irrlehre

Auf der anderen Seite sind zweifellos die der Regierung Papen zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten sehr viel schlechter, als die der gestürzten Brüning-Regierung. Das Kabinett Brüning hatte die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragte Arbeitsbeschaffungsanleihe in ihr Programm aufgenommen. Unter Brüning wäre sie sicher ein Erfolg gewesen. Unter Papen würde sie noch der Abweisung Hitlers sicher von einem Teil der sogenannten „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ approbiert werden. Warum wäre man auch aufbauwillig? Immerhin aber hat sich auch die Papen-Regierung der von der Sozialdemokratie ins Volk getragenen Erkenntnis nicht entziehen können, daß durch Maßnahmen des Staates Arbeit in größtmöglichem Umfang geschaffen werden muß.

Es bleibt nicht bei den ersten 135 Millionen Mark (110 für Straßen- und Wasserbauten, 25 für Meliorationen), es bleibt auch nicht bei den aus der Juni-Notverordnung bereitgestellten 50 Millionen für den freiwilligen Arbeitsdienst und den im Etat vorgeesehenen 100 Millionen für die Stützungsarbeiten. Die Reichsregierung hat weitere 200 Millionen in Aussicht genommen, von denen neue 50 Millionen dem freiwilligen Arbeitsdienst, 12 Millionen der Umwidmung von Schiffen, 10 Millionen dem Bau von neuen Heringsloggern und der Rest von rund 130 Millionen weiteren Erdbeugsarbeiten (Straßen- und Wasserbauten sowie Meliorationen) dienen sollen. Für die erwähnten 135 Millionen hatte die Reichsbank Finanzierungshilfe schon zugelangt. Für die letzten 200 Millionen erwartet man die Reichsbankhilfe bei der Finanzierung, die, wie gelagt, auch sinnvoll ist, sobald die langfristige Forderung ernst in Auge gefaßt wird.

Die Einzelpläne für die Arbeitsbeschaffung liegen noch nicht fest; sie werden in den Ministerräten zwischen den einzelnen Referaten noch verhandelt. Die Regierung Papen wird auch an der Arbeitsbeschaffungsanleihe nicht vorbeikommen, die als Forderung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch dem neuen Reichstag vorgelegt werden wird.

Die Katastrophe im Wohnungsbau

Nach „Wirtschaft und Statistik“ ist im ersten Halbjahr 1932 der deutsche Wohnungsbau gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in katastrophaler Weise zurückgefallen. In den Groß- und Mittelstädten (über 50.000 Einwohner) wurden 21.200 Wohnungen fertiggestellt, um 61 Prozent weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei kamen durch Umbau alter Wohnungen diesmal 5.900 Wohnungen hinzu, gegen nur 2.500 in der Vorjahrszeit. Die Zahl der Baubeginne betrug 14.800, um über die Hälfte 1931. Die Zahl der Baugenehmigungen ging um 49 Prozent zurück. Die Zahl der Bauanträge sogar um 56 Prozent. Die Einschränkung der öffentlichen Baugelder (Hausinssteuer) erhöhte den Anteil der privaten Auftraggeber gegenüber dem Vorjahr von 37 auf 48 Prozent und senkte den der gemeinnützigen Bauvereinigungen von 57 auf 45 Prozent. In sämtlichen Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern wurden nur 27.000 Wohnungen fertiggestellt gegen 55.900 im ersten Halbjahr 1931! Es wurden nur 21.100 Baugenehmigungen begonnen gegen 41.600 und nur 25.800 Baugenehmigungen erteilt gegen 49.400!

gewesen und die bisherige Leitung der Preußenkasse habe einen Trümmerhaufen (!) hinterlassen, wird gefordert, daß alle Klepperleute und seine Mitläufer reiflos aus der Preußenkasse verschwinden! Das von Wissenschaft und Praxis als großer Fortschritt erkannte landwirtschaftliche Betriebskontrollsystem müsse von den bisher leitenden Personen Verobob-Brandtscher Richtung gereinigt und unter Heranziehung hervorragender Landwirte der Vorkriegszeit (!) umgestaltet werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt ihre hierbei verfolgten unehrlichen Absichten auch zu. Die Umstellung sei notwendig — so sagt sie, weil erst die Betriebskontrollergebnisse dieser Stelle, die verhängnisvollen Unterlagen für die Theorie von der Leistung des östlichen Großgrundbesitzes ermöglicht habe! Nachdem in Neudeck der volkswirtschaftlich allein mögliche Kurs der Ostpolitik durch die falsche Behauptung „agrarkolonialisierender Tendenzen“ beilegt worden ist, wollen die Junker jetzt auch durch das personelle Ausräumen in der Preußenkasse auch die entsprechende Wissenschaft liefern.

An demselben Tage nun, an dem die „Deutsche Tageszeitung“ ihren unerhörten Angriff gegen die Preußenkasse lanciert, wird durch die Veröffentlichung des Jahrbuches des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1932 die entscheidende Bedeutung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse für die finanzielle Gesundung in der Landwirtschaft nachdrücklich unterstrichen. Das Jahrbuch muß feststellen, daß das Geld- und Kreditwesen trotz der schweren Erschütterungen des vergangenen Jahres durchaus gesund und unerschütterlich geblieben ist. Das ist einzig und allein das Verdienst der Preußenkasse durch die gelungene Umstellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im allgemeinen und des östlichen Genossenschaftswesens im besonderen. Für die 28 Zentralstellen des Reichsverbandes wird im Jahrbuch festgestellt, daß von 1930 auf 1931 die Guthaben der Genossenschaften von 246 auf 171 Millionen Mark zurückgegangen sind, ihre Bankschulden infolgedessen von 199 auf 280 Millionen Mark gestiegen sind; weiter wird festgestellt, daß sämtliche 28 Zentralstellen für 1931 einen Gewinn ausweisen konnten.

Auch das ist einzig und allein das Verdienst der Preußenkasse. Nur die außerordentlich vorsichtige und kluge Politik der Preußenkasse in den günstigen Jahren 1929 und 1930 hat es im Jahre 1931 ermöglicht, daß den genossenschaftlichen Zentralstellen überhaupt die gewaltigen neuen Kreditschritte zur Verfügung gestellt werden konnten. Der weitere Ausbau der Hauptgenossenschaften für den Warenbezug und den Warenverkauf, der weitere Aufstieg der Molkerei- und Viehverwertungsgenossenschaften war ebenfalls nur bei glänzender Vorarbeit zu danken, die die Preußenkasse geleistet hat.

Was die „Deutsche Tageszeitung“ angesichts dieser Tatsachen im Auftrag der Junker jetzt leistet, ist einfach ein Verbrechen an der Landwirtschaft. Große Verdienste werden in der Landwirtschaft um gelagert, eine Arbeiterklasse ist erfunden worden, um die Wahrheit zu verdrängen und das alles nur in dem für die Junker-Lohndienstleistungen der Junker. Die Landwirtschaft würde systematisch zugrunde gerichtet werden, wenn die grundrührer neue Staatsführung der Junker und der kommenden Reichsregierung den Tölpelresort der Junker folgen würde.

Aus dem Wohlfahrtsstaat

Die Zementindustrie verlangt jetzt auch Staatsbeihilfe. Sie denkt sich die Wohlfahrtsunterstützung in der Form, daß ähnlich wie 1917 ein Neubauerbot von Zementwerken verordnet wird und alle Außenleiter gezwungen werden, dem Syndikat beizutreten. Dadurch würde die Konkurrenz aufgehoben und die Marktbeherrschung und -ausbeutung wäre vollkommen. Wenn die Zementindustrie Staatsbeihilfe will, dann hat die Öffentlichkeit auch ein Recht, zu erfahren, warum diese Hilfe notwendig wurde. Die Zementindustrie ist über rationalisiert. Ihre Maschinenleistung liegt in den meisten Werken weit über dem Durchschnitt anderer Industrien. Die bereits bestehende Überkapazität wurde bedenkenlos noch mehr gesteigert. Die Zentralisierung der Produktion beläuft sich nach Berechnung von Sachverständigen auf über 300 Millionen Mark. Man hat aber nicht nur zentralisiert, sondern auch noch für Außenleiter die Beschäftigung Millionen von Mark ver-

pulvert. Die Außenleiter wurden nämlich nicht durch Preisherabsetzungen bekämpft, sondern durch Ankauf der Werke. Die Folge war, daß so manches Außenleiterwerk neu geschaffen wurde, um vom Syndikat aufgekauft zu werden und eine schöne Rente oder Abfindung zu haben. Jetzt sollen die verpulverten Millionen wieder heringeholt werden. Sollte die Regierung gewillt sein, auf das Anstehen der Zementindustrie einzugehen, dann müssen auch die Gewerkschaften gehört werden. Die fernöstlichen Arbeiter fordern, daß mit der Verwirklichung von volkswirtschaftlichem Sachkapital endlich Schluss gemacht wird, denn die verpulverten Millionen sind aus den Taschen der Arbeiterklasse herausgewirtschaftet worden. Will die Regierung helfen, dann muß sie sagen, wie sie künftig eine solche sinnlose Vergeudung zu verhindern gedenkt und was mit den Arbeitern geschehen soll, die durch diese planlose Wirtschafterei ihr Brot verloren haben.

Unwetterkatastrophen

Medlenburg wurde von heftigen Gewittern heimgelacht. Besonders im Lande Ragenburg sind erhebliche Brandschäden zu verzeichnen.

Bedenkliche Unwettermeldungen kommen ferner aus dem oberen Erzgebirge. In Buchholz (bei Annaberg) wurde durch Hagelschlag schwerer Schaden angerichtet.

Landstrahenschaden entstand auch an mehreren Stellen der Rheinprovinz. So wurde die Provinzialstraße Köln-Olpe ein ganzes Stück weit tief durchgerissen.

Im Schwäbischen Ries wurden zahlreichen Landwirten durch Wolkenbruch und Hagelschlag geradezu vernichtende Verluste zugefügt.

Berlin unter der Dixerwelle

Die seit Ende voriger Woche über der Reichshauptstadt liegende Dixerwelle hat Rekordzahlen des Wasserverbrauchs sowie des Besuches der städtischen Freibäder zur Folge gehabt.

Sturmvogels Ausflug

Auf dem Steinberg bei Ahrensdorf, in der Nähe von Trebbin (Mark), wurde das erste Segelfluggelager des Landes Brandenburg des „Sturmvogel“ in Betrieb genommen.

Das Ahrensdorfer Segelfluggelager, in fliegende Jugend sieht wohl das Schöne in der ganzen Mark, wurde von 68 jugendlichen Erwerbslosen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet.

Vor der Hebung der „Niobe“

Die Hebeschiffe „Hien“ und „Berger I“ sind in der Heilendörfer Bucht innerhalb der Kieler Förde an Anker gegangen und haben das Wrack der „Niobe“ zwischen sich gebracht.

Europa-Flug

Nach den bisherigen Berlin-Staatsener technischen Prüfungen beim Europa-Rundflug liegen vorläufig ein italienischer und ein polnischer Pilot mit 184 Punkten an der Spitze.

Eifersuchtsdrama bei Berlin

Ein Eifersuchtsdrama spielte sich in der Nacht im Elden Berlin ab. Zwischen Eheleuten kam es zu einer heftigen Szene, in deren Verlauf der Ehemann seine Frau mit einem Handtuch zu erdregen versuchte.

Alte Leinwand verunglückt

Einmal Tod, zwei Verletzte

Auf der Landstraße nach Langenberg geriet gestern ein Wagen mit Leinwand in einen tiefen Graben und wurde durch die abgleitende Leinwand gegen einen Stützpfeiler gedrückt.

Die ersten Diesel-elektrischen Eisenbahnzüge in Betrieb



Auf den Strecken Wiesbaden-Frankfurt a. M.-Darmstadt hat die Reichsbahn zum erstenmal neue Triebwagen mit Dieselmotoren eingesetzt.

wagen und dem Anhänger, die zusammen 100 Fahrgäste aufnehmen können und eine Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometer erreichen.

Kirchenempore eingestürzt

In der im 10. Jahrhundert im romanischen Stil erbauten Pfarrkirche in Raasd bei Ling ist der rechte Teil der Empore mit vier Kirchenstühlen in das Schiff der Kirche gestürzt.

Der verräterische Dular

In Dortmund drangen mehrere Eindringler des nachts in eine Gastwirtschaft. Dabei hatten sie das Pech, gegen den Kassierer des elektrischen Kasseniers zu stoßen.

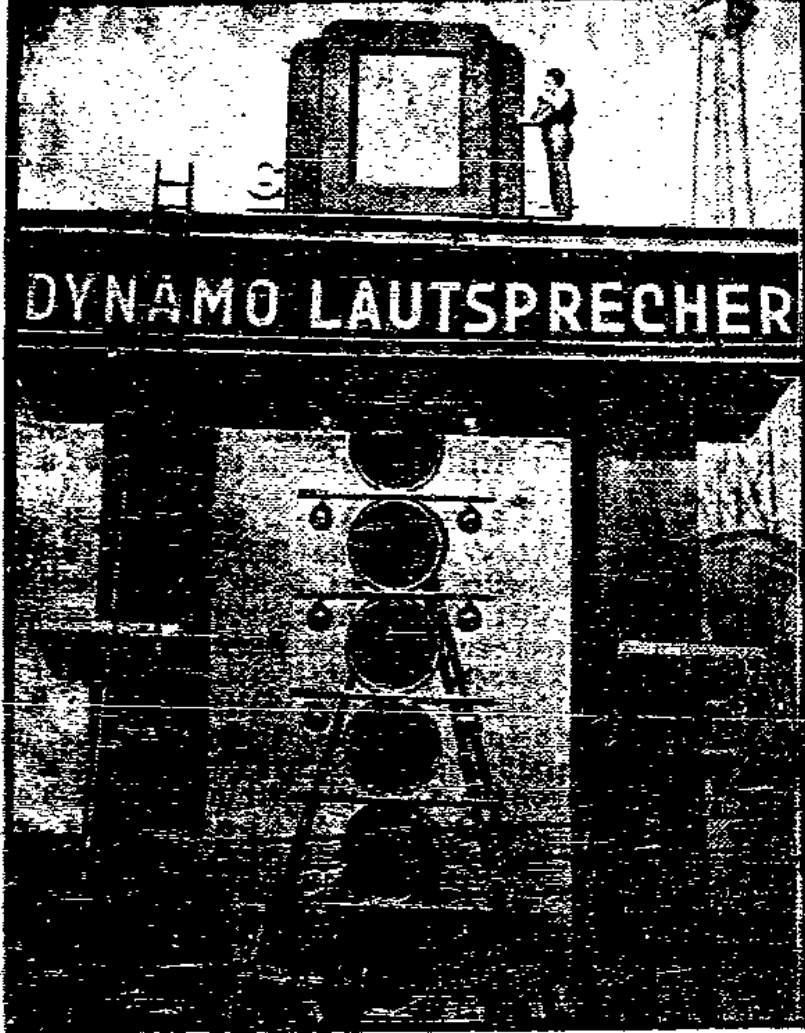
Riese verhaftet

Der vor wenigen Tagen nach Veruntreuung von 75 000 Mk. aus Bremen geflüchtete Getreidemakler Ernst Riese konnte in Sameln (Weser) verhaftet werden.

Lindbergh wieder Vater

Der amerikanische Ozeanflieger Lindbergh, dessen eineinhalb Jahre altes Baby vor einigen Monaten von unbekanntem Täter entführt und ermordet wurde, ist von neuem Vater eines Knaben geworden.

Von der Großen Berliner Funkausstellung



die am 19. August in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm eröffnet wird: Ein Kleiner-Dynamo-Lautsprecher wird aufgebaut.

Die bösen Streiche von Peter Lustig und Josef Eisenbart

Zeitungen von Bartolob.

Zeitungen von Bartolob.

(Nachdruck verboten.)



Auf einmal spritzte der Hai das Maul weit auf und fing an, das Boot hinunterzuziehen, als wäre es ein Brötchen mit Schinken.



Schließlich war das ganze Boot hinuntergearbeitet, und der Hai blinzelte mit den Augen, als ob er hätte sagen sollen: „Das war noch ein kräftiger Bissen!“

Ein Kleid für 90 Pfennige

Seit fast einem Jahre ist sie arbeitslos, die kleine Gertrud; seitdem damals die Firma, bei der sie als Stenotypistin angeheiratet war, pleite ging, hat sie keinen einzigen Pfennig mehr verdient.

Inmerhin, sie schlug sich durch. Sie konnte doch wenigstens das Notwendigste kaufen, wenn es auch immer gleichzeitig vom Alligiesten sein mußte; es gab doch hin und wieder eine kleine, bescheidene Freude: einen Gut, für ein paar Groschen, ein Kleid aus dem Inventurausverkauf, sehr selten ein Buch.

Nun, Gertrud hatte sich damit abgefunden, daß es all das seit einem Jahre für sie nicht mehr gab. Woher sollte sie das Geld nehmen, um hinauszufahren? Statt dessen ging sie in den Park in der Nähe, einen schwindsüchtigen Rasentisch mit verblümmerten Säumen, umrahmt von Häusern, bestellt mit Bänken, auf die man sich setzen konnte wenn einer der vielen Schwindsüchtigen aufstand und wegging.

Sie schlug sich durch, die kleine Gertrud, so gut und schlecht es eben ging. Man muß sich gewaltig zusammenreißen, langsam immer mehr in Paradies versinken. Bis sie vor drei Tagen eine ehemalige Schulfreundin traf. Hertha war immer eine liebe Kameradin gewesen; oft hatte Gertrud es bedauert, daß sie sich nach der Schulentlassung aus den Augen verloren hatten.

Das war vor drei Tagen, drei endlosen, durchgrübelten Tagen, erfüllt von der einen, immer wiederkehrenden Frage: Was soll ich anziehen? — Das Fahrgelehd war den Eltern abgeteilt worden, sie sahen, wie ihr Kind sich sehnte, einmal wieder hinauszukommen, lähen den Hunger nach ein bißchen Frohluft, ein paar Stunden Vergessen, Unbeschwertheit, und gaben das Fahrgelehd her, so schwer es ihnen auch fiel.

Über was half das alles; sie hatte ja kein Kleid, kein einziges halbwegs erhaltenes Kleid. Alles war hin, unansehlich, gestickt. Keine Änderungen konnten darüber hinwegtäuschen, daß sie es alle Tage trug, nichts anderes mehr besaß. Jeder der jungen Leute, die auf dem Boote zusammenkamen, würde ihr sofort ansehen, wie es um sie stand, würde sie bemitleiden, vielleicht heimlich über sie sprechen.

Nein, nur das nicht! Lieber ging sie nicht hin. Hertha würde zwar enttäuscht sein, und auch sie selbst hatte sich schon so sehr darauf gefreut. — Sie schloste ihre Tränen gewaltig herunter und lief fort aus der Wohnung, auf die Straße, um nur nicht allein zu sein. Vor dem großen Warenhanse blieb sie stehen. Bunte Plakate klebten an den Fenstern, Ankündigungen: „Saison-Schlussverkauf zu spottbilligen Preisen!“ Ohne es zu wollen, ging sie durch die Tür, ließ sich treiben von dem Menschenstrom, der die Gänge erfüllte. Bis sie vor einem Tiische plötzlich aufsaß und ungläubig stehen blieb. Dort lagen Kleider, Haufen von Kleidern, über- und durcheinander, helles, dunkle,

bunte und darüber stand auf einer Tafel: „Jedes Kleid 90 Pfennig“ Mit brennenden Augen fand Gertrud, alles Denken festgebannt auf den einen Punkt: Nur 90 Pfennig... und ich kann mir trotzdem keine laufen, ir o g h e m nicht... Sie wurde gegen den Tisch gedrängt; dicht vor ihr hing ein Kleid halb über den Rand. Eine schwindlige Leere war in ihrem Kopfe; etwas drängte sie; Rimm doch — sie wehrte sich gegen die Versuchung, sah plötzlich einen See, blaues, weites Wasser, ein Segelboot, darin sie selbst mit andern Lächeln und fröhlich war — dann verschwand das Bild, und zurück blieb eine unsägliche Enttäuschung und Verzweiflung, aus der heraus sie nach dem Kleide faßte.

Wie im Traume ging alles folgend an ihr vorüber: die Aufforderung, mitzukommen, die Selbstbespöttung, die strenge Verwarnung, die Begleitung an die Tür, der Heimweg. Verstört sah sie zu Hause und war durch nichts zu bewegen, am Sonntag, wie versprochen, hinauszufahren. Erst am Nachmittage, als die Sonne in die Stube sah und die Eltern immer wieder in Gertrud drangen, sie sollte doch fahren, was sie bedrückte, antwortete sie auf einmal scheinbar zusammenhanglos: „Ein Kleid für 90 Pfennig“, und sang halllos zu weinen an, während ihre Eltern ratlos vor ihr standen. Walter Schirmer.

Wir lochen ein

Das Einkochen ruft bei manchen Hausfrauen auch heute noch eine wahre Revolution im Haushalt hervor. Dugendweise stehen die von der Mutter oder gar noch der Großmutter erbten Gläser und Steintöpfe in Reih und Glied, und sämtliche Familienmitglieder werden mit Bitten oder Gewalt dazu angehalten, zu schälen, zu röhren, einzugießen, Gläser zuzubinden. Frühstück und Mittagbrot haben sich um Stunden verschoben; alles ist durcheinander; aber die Hausfrau hat nur für eines Sinn: Mit hochroten Backen steht sie am Herde und ist ängstlich darauf bedacht, daß die Kochzeit auf die Sekunde genau eingehalten wird. Denn die ebenfalls von einer Generation auf die andere vererbten Rezepte sind manchmal recht kompliziert, und man muß schon seine fünf Sinne gut zusammennehmen, um die Zutaten genau abzumessen und die Vorschriften nicht zu verwechseln.

Aber es gibt heute doch schon eine ganze Anzahl moderner Einkochrezepte, die sehr einfach und leicht zu befolgen sind und außerdem den großen Vorzug haben, die heutige Geldknappheit zu berücksichtigen. Nicht jede Hausfrau kann sich heutzutage einen Kochapparat leisten. Viele Frauen lochen deshalb überhaupt nicht ein, sondern greifen zu Konserven. Anders aber ist es, wenn die Familie einen Garten besitzt oder Gelegenheit hat, durch Verwandte oder Freunde sehr billiges Obst zu kaufen. In diesem Falle lohnt sich das Einkochen unbedingt. Aber es gibt auch heute noch viele Hausfrauen, die im Winter nicht nur auf Konservenachtung angewiesen sein möchten, und deshalb nach preiswerten und einfachen Kochrezepten suchen, damit das vom Markt gekaufte Obst durch die Zutaten nicht gar zu teuer wird.

Erprobe und billige Rezepte sind folgende:

Kirschen mit Holunderbeeren. Die Holunderbeeren werden gewaschen und abgezupft. Dann dreht man sie durch die Presse. Inzwischen hat man die Kirschen gewaschen und den Saft in ein Topf über einen Feuerbecken geschüttelt, durch den der Saft hindurchfließt. Es ist zweckmäßig, am Abend damit zu beginnen, da das Durchsickern mehrere Stunden lang dauert. Man findet dann morgens den Apfelsaft fertig vor, schüttelt ihn mit dem Saft der Holunderbeeren zusammen und kocht das Ganze in Zucker, bis es geleeartig wird. Auf 500 Gramm Brei werden 300 Gramm Zucker gebraucht.

Kürbis mit Vanille. Der Kürbis wird geschält, gepulvt und in viereckige Stücke geschnitten, die man mit Essig übergießt und etwa zwölf Stunden lang stehen läßt. Dann werden auf 500 Gramm Kürbis 500 Gramm Zucker in einem Viertelliter Essig kargelocht. Die Masse wird gut abgeseiht, und endlich fügt man etwas Vanille hinzu (eine Viertelstunde) und kocht die Kürbisstücke bis sie durchsichtig geworden sind. Die Stücke werden dann herausgenommen, und der Saft wird nochmals gekocht, bis er dicklich ist. Die erkalteten Kürbisstücke werden in Gläser gefüllt und mit dem Saft bedeckt.

Preißelbeeren und Mohrrüben. Die Mohrrüben werden in Stücke geschnitten und im Wasser weichgekocht. Auf einer Viertelliter Wasser braucht man drei Viertel Pfund Zucker, ein Pfund Preißelbeeren und ein Pfund Mohrrüben. Zucker und Beeren werden zugehüttelt und etwa zehn Minuten lang gekocht. Sehr schmackhaft sind auch Preißelbeeren mit Birnen. Für zwei Pfund Preißelbeeren benötigt man ein Pfund reife Birnen, die geschält und in Stücke geschnitten werden. Ein Pfund Zucker wird kargelocht, die Früchte werden hineingehüttelt und bei mäßigem Feuer weichgekocht, ohne daß sie jedoch zerfallen dürfen. Dann nimmt man die Birnen heraus und legt in den zurückgebliebenen Zuckersaft die Preißelbeeren, die man ebenfalls kocht, bis sie weich sind. Dann schüttelt man beides zusammen und füllt es in die Gläser.

Preiswert ist ein Gemisch von Preiselbeeren und Pflaumen, weil man hierbei keinen Zucker braucht. Die Früchte (ein

Drittel Birnen, zwei Drittel Pflaumen) werden durch die Fleischhahmaschine gedreht und dann gekocht, bis die Masse dick geworden ist. (Wichtig! — Vorsicht, damit die Früchte nicht anbrennen!)

Es ist zu empfehlen, während des Einkochens nicht gleichzeitig etwas auf dem Herde zuzubereiten, was einen starken Geruch ausströmt, als o Braten oder Gebäck, weil die Früchte dadurch in ihrem Aroma und damit auch in ihrem Geschmack beeinträchtigt werden. In neuerer Zeit gibt es verschiedene Einkochhilfen im Handel, teils in Päckchen, teils in Gläsern (Opelka), durch die das Einkochen infolge wesentlicher Verbesserung der Kochzeit vereinfacht wird. Grundregel des Einkochens ist es, die Früchte und den Zucker genau abzumessen, wiegen, und nicht, wie es manche Hausfrauen mit Vorliebe tun, die Zutaten und Früchte nach Gutdünken abzuschätzen. Bevor die Gläser in einem luftigen, trockenen Raume untergebracht werden, verstreicht man sie mit Fetteln, die den Namen der Früchte enthalten. Die Gläser müssen von Zeit zu Zeit nachgesehen werden, damit man rechtzeitig Gelegenheit hat, etwa erfolgter Schimmelbildung einzugreifen, den Schimmel zu entfernen und die Früchte, wenn nötig, nochmals aufzukochen. Mit nahezu absoluter Sicherheit aber läßt sich jede Schimmelbildung vermeiden, wenn die Vorschriften genau eingehalten werden.

Eherecht vor 4000 Jahren

Sehr eingehende Bestimmungen auf dem Gebiete des Eherechts finden sich schon in dem alten, in Stein gemeißelten Gesetzestexte des babylonischen Königs Hammurabi, der in Babel um etwa im Jahr 1955 bis 1913 vor Christi Geburt regiert haben soll. Der Stein wurde vor dreißig Jahren aufgefunden und steht heute im Louvre in Paris. Die Ehe wurde schon damals durch einen Vertrag geschlossen; wenn keine vertraglichen Abmachungen vorlagen, so galt die Frau nicht als Ehefrau. Zu der Vertragsabklärung gehörte, daß der „Bürger eine Verlöbnisgabe den „Brautpreis“. in das Haus des Schwiegervaters bringen ließ und dieser sagte: „Meine Tochter gebe ich Dir.“ Die Ehe war also eine Kaufehe; die Frau selbst hatte nicht über die Eheabschließung zu bestimmen. Die eventuelle Rückgabe dieses Kaufpreises spielt dann bei der Scheidung eine Rolle. Kinderlosigkeit der Frau wird als Scheidungsgrund anerkannt. Wenn ein Mann sich wegen Kinderlosigkeit von seiner Frau scheiden lassen will, so muß er ihr Geld in Höhe des Brautpreises geben und sie für die Wittigkeit, die sie mitgebracht hat, entschädigen. Auch die schlechte Haushaltsführung der Frau gilt als Scheidungsgrund. Wenn die Frau „das Wirtschaftsgeld beiseite schloß, ihr Hausgerät veräußert“ oder selbst davongehen will, so kann der Mann von der Frau nur durch eine Erklärung seiner Scheiden und braucht ihr kein Scheidungsgeld zu geben. Wenn die Frau selbst eine Scheidung wünscht und dem Mann die eheliche Gemeinschaft verweigert, so wird zunächst untersucht, ob sie dafür einen ausreichenden Grund hat, ob etwa ihr Gatte „außer Hauhe geht und sie allzu sehr erniedrigt hat“, wenn dann sie selbst ihren Schuld trifft, so kann sie mit ihrer Wittigkeit in das Haus ihres Vaters zurückkehren. Die Versteigerung des ehelichen Vertriebs bleibt nach dem Gesetzestexte die Frau in die poetische Form: „Nicht wirst du mich mehr umfassen.“

Vom Ehebruch ist eigentlich nur bei der Frau die Rede. Hier sind die Strafen sehr streng. Wenn eine Frau bei dem Zusammenruhen mit einem anderen Manne gefasst wird, so sollen sie beide gebunden und ins Wasser geworfen werden. Der Ehemann hat jedoch das Recht, seiner Frau das Leben zu schenken. Wird die Frau zwar des Ehebruchs angeklagt, aber nicht dabei „gegriffen“, so kann sie sich durch einen Eid reinigen. Eine Ehefrau durch üble Nachrede schlecht zu machen, ohne seine Behauptung beweisen zu können, galt als so schändlich, daß der Betreffende Verleumder vor den Richter gebracht wurde und ihm „die Schläge gehören“ wurden. Eine Frage, die gerade die neuzeitliche Diskussion viel beschäftigt hat, die Heirat einer Frau mit einem anderen Manne während einer Verheiratung des ersten Mannes, das berühmte „Ehewerden“-Problem, wird ebenfalls schon im Gesetz geregelt. Wenn nämlich ein Bürger kriegsgefangen und daheim in seinem Hause nichts zu essen war, so durfte die Frau mit einem anderen Manne gehen, mußte aber zum ersten zurückkehren, wenn dieser heimkam. Doch die Kinder aus solch zweiter Ehe verstarben dem Vater. Wenn dagegen der erste Mann ein Weiräter an seiner Heimat war, „seine Stadt aufgegeben hat“, gelöhren war, so brauchte die Ehefrau bei seiner Heimkehr nicht zu ihm zurückzukehren, sondern blieb bei dem zweiten Manne.

Sehr seltsam ist es, daß auch Ehen mit Priesterinnen geschlossen werden konnten, die weder bei den keltischen Priesterinnen des klassischen Altertums noch bei den katholischen Nonnen zulässig waren. Es gab niedere und höhere Priesterinnen. Die niederen konnten heiraten und Kinder gebären, die höheren mußten heiraten aber nicht selbst Kinder zeugen, doch mußten sie den Gatten durch eine andere Frau Kinder verschaffen. Dabei sind noch allerlei einzelne Möglichkeiten vorgegeben.

Es ist nicht uninteressant, diese alten Ehebestimmungen mit unserer Auffassung von heute zu vergleichen. Manche Eheführungspunkte sind noch vorhanden. Henri Lehmann.

Die fünf Phasen des Lebens

„Sie kennen sicherlich mein kürzlich bei S. Hirzel in Leipzig in neuer Auflage erschienenes Buch „Kindheit und Jugend“, leitet die berühmte Kinderpsychologin Professorin Charlotte Bühler, die ich kürzlich in ihrem Wiener Heim aufsuchte, ihr Gespräch mit mir ein, und wissen alle, daß ich für die Kindheit fünf verschiedene Entwicklungsphasen herausgefunden habe, die ich kurz als erste Lebensorientierung, als subjektive Phase, als Werphase charakterisiert habe. Eines Tages kam ich und mit mir mein Arbeitsheft mit mir auf die Idee, ob die Phasen, die ich in Kindheit und Jugend auf Grund bestimmter Einklassungen zum Leben herausfand, nicht vielleicht auch im Leben überhaupt wiederkehren, ob der Mensch nicht auch im ganzen eine Stellung zum Leben einnimmt, die altersbedingt ist und den Phasen der Kindheit entspricht. Auf Grund dieser Überlegungen kamen mir dazu, Lebensläufe zu studieren, und haben auch bereits mindestens 100 Biographien untersucht und dabei immer auf objektive Daten, auferrat Kindererzählung, Berufsverhalten usw. geachtet und besonders nach periodischen Veränderungen geschaut, wie sie gewöhnlich aber in Briefen zum Ausdruck kommen. Mir haben all das herausgefunden, was der Betreffende ganz nebenher geäußert hat, wo und wie er lebte, wie er sich über der Welt ausdrückte, und haben untersucht, ob sich nicht wenigstens beim normalen Durchschnittsmenschen auf den verschiedenen Altersstufen charakteristische Verhaltens- und Lebensweisen ergeben, die altersbedingt sind. Da fand ich zu meinem großen Erstaunen und ganz nach dem Zufall meine Entdeckung — denn ich bin keine Spezialistin — wieder fünf Phasen, die genau so auftraten und vom Alter abhängig sind wie die Entwicklungsphasen des Kindes.

Meine Behauptung also, daß es im Leben des menschlichen Lebens genau wie für die Kindheit eine nachweisbare Schicht gibt, gewissermaßen Grundphasen, wenn Sie so wollen, mit denen man sich abwechselnd beschäftigt, die dabei aber nicht nur im Leben, sondern auch im Berufsleben, das es eine biologische Lebensstufe gibt, die in der gleichen Zeit beginnt. Jedermann weiß, daß das Leben

des Individuums sich biologisch so abspielt, daß ein fortschreitendes Wachstum bis zu einem gewissen Höhepunkte stattfindet, der Mensch hat dann eine Zeitlang auf der erreichten Höhe hält, bis ein Rückbildungsprozess und schließlich der Tod eintritt. Sehen wir uns nun die Lebensgeschichte eines Menschen genau an, so zeigt sich, daß jede Lebensgeschichte in einem engsten kleinen Kreise, jenseit der Familie, beginnt und von dort ausgehend allmählich immer größere Kreise zieht. Das heranwachsende Individuum lernt neue Menschen, neue Lebensereignisse kennen, befaßt sich in und mit ihnen, schafft sich Raum und Behaglichkeit. Diese Ausbreitung des Lebensraumes hat ein natürliches Wachstum bis zu irgendeinem Zeitpunkte, von dem an es deutlich anders wird. Legt man ein Kupferleben oder ganz einfach ein normales Durchschnittsleben zu Grunde, so entsprechen die psychologischen Phasen ganz genau den biologischen: Zwischen 15 und 25 Jahren, während der jungen Mensch noch wächst, ist er auch psychologisch noch unfertig; er ist noch auf der Suche nach irgendwas, will sich noch nicht binden, mag sich nicht entscheiden. Alles ist noch im Fluße, in Vorbereitung; fragt man ihn, ob er sich schon definitiv für einen Beruf entschieden habe, so sagt er nein. Das Mittelleben spielt die Hauptrolle. Zwischen 25 und 40 ist der Mensch dagegen fertig, ist körperlich und seelisch im Gleichgewichte, der Affekt spielt zwar auch jetzt noch eine Rolle, aber ebenso wichtig ist Sachliches, ist die Leistung. Es ist der Zeitraum, in dem der Normalmensch heiratet, Kinder zeugt, in seinem Berufe normalkommt, sich einen Kreis schafft und vielleicht eine gesellschaftliche Stellung. Dann kommt jene kritische Phase, wo man körperlich noch immer nicht mehr ganz auf der Höhe ist, psychologisch auf manchen Gebieten nicht mehr mittelmäßig, körperliche Rückbildungsercheinungen nicht negieren können. Besonders deutlich tritt dies, natürlich bei der Frau als Weibchen, Jahre in Erscheinung; beim Manne ist die körperliche Rückbildung ja weniger stark.

Man sollte lernen, wie diese kritische Zeit beim Manne nur noch nicht so genau, wurde ich ein mal erkrankte Frau Professor K. in der in letzter Zeit wiederholt auf das gefährliche Alter des Mannes um 60 hingewiesen hat.

„Nun gut“, räumt Frau Bühler ein, „jedemfalls laufen die körperlichen Rückbildungen seelische Krisen genau parallel. — Dann erfolgt oft auf traglichem Hintergrunde, eine Disziplinierung eine Entfernung vom Affekt; Menschen sterben einem Weg, im Berufe hat man nicht erreicht, was man wollte, und glaubt nicht mehr an einen späteren Erfolg. Man erkennt sein unglückliches Vergehen, und eine tiefe Resignation bemächtigt sich des an den Ufern des Lebens Verkrampfenden. Doch auch bei ihm beobachtet wir jenseit eine zwangsläufige Disziplinierung des Geisteslebens. — Menschen, die nicht das Leben brach, sondern die sich selber brachen, wie Tolstoi in seiner Kohelet-Stimmung auf den Höhen des Lebens, „Alles ist sinnlos“. Da gibt es nur eins, das vor der Verzweiflung schützt: die Leistung. Bei vielen unter den Größten fällt die grandiose Steigerung des objektivegenständlichen Gehaltes in dieser Periode in die Augen, wie z. B. bei Kant. Den trafen die Gegenfakten hierzu, den die Geschichte und die Gegenwart, die der Lebenslauf des Dandys William Brummell, der zu Byron's Zeiten der tonangebendste Mann Englands war, so tonangebend, daß die Geschichte von ihm berichtet, und dessen Leben von dem Moment an in einen Ueberschritt einmündet, wo an die Stelle der bloßen Funktion und Wirkung das Wert, die Leistung, hätte treten müssen; an die Stelle des lediglich Beherrschenden, Lebensaufgaben und Pflichten.“

Als letzte Phase endlich erfolgt die Disziplinierung von Leben (nicht nur vom Gefühl), die Rückkehr auf die verlassenen Jahre, Vorhänge auf Rüstiges, die Zeit der Autobiographien und Memoiren. Es ist die Periode des fortschreitenden Abbau im Körperlichen. — Das Alter! Vergleichen wir mit diesen großen biologisch-psychologischen Lebensperioden die oben kurz skizzierten fünf Phasen der Kindheit und Jugend: Orientierung, Subjektivität, Werphase, negative und Konfliktphasen, Rückkehr auf die Kindheit (Tagelohnphase), so möchte ich fast sagen, diese Kindheitsphasen gleichen so etwas zu sein wie ein Entwurf des ganzen Lebens.“ Dr. Ely Herzberg.